

Carl v. Ossietzky

Veröffentlichungen in der Weltbühne

Ketzereien zum Büchertag von Carl v. Ossietzky

Jetzt ist also auch das deutsche Buch in den großen Kreis derer getreten, für die „etwas getan werden muß“, und um etwas zu tun, setzte man unter dem Patronat des Herrn Külz einen „Tag“ an. Alle Buchhandlungen werden ihr Unglück schön dekoriert feilbieten, und vom Rednerpult und durchs Mikrophon wird höflichst gebeten werden, das deutsche Buch nicht sterben zu lassen.

Die Frage, wie der deutsche Verlagsbuchhandel in seine heutige miserable Lage gekommen ist, soll hier nicht in ihren letzten wirtschaftlichen Ursachen durchleuchtet werden, was doch schließlich immer auf den Nachweis hinausliefere, daß die Armut von der Powerteeh kommt. Das deutsche Volk ist nachweislich ärmer geworden, seine Lebenshaltung hat sich verschlechtert, sein geistiger Habitus reduziert, aber an der Bücherproduktion sind diese nicht ganz geheimen Tatsachen ziemlich spurlos vorübergegangen. Auf ein Volk, das in breiten Schichten einem heitern Analphabetentum zustrebt und dessen heranwachsende Generation auf leichten Kreppsohlen über den von den Vätern gehäuften Bildungshausrat steigt, kommt ein Büchersturz herab, als wäre jeder einzelne unsrer Mitbürger ein Dichter und ein Denker und jeder dritte Mann ein Studienrat.

Lebenskraft und Unternehmungslust unsres Buchgeschäfts sind gewiß nicht zu verachten, aber in der Grundkalkulation muß da etwas nicht stimmen. Der Appetit nach Geistesfutter wird weit, weit überschätzt, und um ihn zu reizen, greift man zu Mitteln, die wohl vorübergehend begehrllich machen, aber im ganzen die geistigen Aufnahmeorgane abstumpfen.

Hinzu kommt, daß der Verlagsbuchhandel, der sich so willig dem sagenhaften Rhythmus der Zeit anvertraut, nach seiner ganzen Art sehr konservativ ist. Von welcher unüberbietbaren komischen Kraft ist nicht dies sein Börsenblatt, wo tummeln sich mehr Irish bulls als dort? Der in Leipzig residierende christliche Buchhandel ist vor allem auf seine Tradition stolz, dazu gesellt sich auch ein geist-politisches Rückschrittlerum, das sich kein Stand gestatten sollte, der jene Güter verwaltet, die Vergangenheit und Zukunft verbinden. Für den Daseinskampf ist die Repräsentation des Buchhandels mehr mit Anmaßungen als Ideen gepanzert und in der Propaganda, gelinde gesagt, etwas zurück. Wie steiflein waren nicht allein diese Aufrufe zum Büchertag! Mit welchem Wortschatz wurde da nicht an einen Menschentyp appelliert, den es überhaupt nicht mehr gibt, vielleicht niemals gegeben hat! Man sehe sich nur dieses unfreudige, einschläfernde Propagandaplakat an mit der welken Goethemaske, das ganz im Geschmack von vor zwanzig Jahren gehalten ist und damals „Nocturno“ oder „Totenopfer“ geheißen hätte und heute wie eine vor Alter schwarz gewordene Blaue Stunde wirkt.

Sei es. Auch ein besseres Plakat hätte die Frage nicht gelöst, wie dem deutschen Buch zu helfen ist. Denn die Ursache der Krise liegt in der Literatur selbst, und der Verleger ist auch nur Opfer, wenngleich er mit nervösen Experimenten oft verschlimmernd dazwischengreift. Seit der Auflösung des Expressionismus hat sich ein alles-verschlampender Eklektizismus ausgebreitet, der keine Gesetze oder Richtmaße mehr kennt, sondern nur die alles umfassende Liebe, mit der die Herren Buchrezensenten jede halbwegs erfolgreiche Erscheinung begrüßen. Es gibt kaum noch Autoren, die auf den Stolz des eignen Stils, der eignen und selbsterrungenen Form halten. Alles vermischt und vermenschlicht sich. In einer Saison torkeln in hundert Nachahmungen alle Stilarten der Weltliteratur über den Markt und verscheuchen mit ihren großsprecherischen Bauchbinden das Publikum mehr als daß sie es verlocken. Die Buchkritik der großen Zeitungen hält sich in allem Prinzipiellen durchweg in zornloser Toleranz; eingeengt

zwischen Inseratenspalten ergeht sie sich ohne die Mühe einer Begründung in lobenden oder verdonnernden Superlativen. Sie gibt Schlagworte über das Buch, nichts von seinem Inhalt. Im Allgemeinen überwiegt die Neigung zur Überschätzung, und über jedem belletristischen Windei rauschen die Flügelschläge der Ewigkeit.

Schnell sind seit zehn Jahren literarische Moden gekommen und gegangen, und geblieben ist nur ein riesiger unsortierter Bücherhaufen. Grade unter den geistigen Menschen: herrscht eine ungeheure Überfressenheit an Literatur, ein Mißtrauen gegen Werdendes, eine spöttisch verneinende Haltung gegen alte Bildungswerte. Und die große Menge der Bücherleser irrt ohne Kompaß und Chronometer im Zauberwald der Neuerscheinungen, faßt wahllos zu, ist bitter enttäuscht, wenn der best seller nicht den heiß gegessenen Superlativen entspricht und schwört es sich zu, sich möglichst von „Modernem“ fernzuhalten. Einen Monat später ist der best seller versackt ...

Der Erfolg von Büchern wird in Berlin gemacht, von ein paar Blättern und – sagen wir – einem Dutzend Kritikern. Das hat seine ernstesten Folgen. Diese Bemerkung ist nicht polemisch, sondern konstatierend, die Entwicklung geht dahin, und die Bannflüche des Herrn Eugen Diederichs werden daran nichts ändern. Dadurch wird wohl einer Novität zum Durchbruch verholfen, günstigstenfalls eine Mode gestartet, aber für das geistige Gesamtniveau ist gar nichts getan. Wo der kurze Aktionsradius der literarischen Kritik aufhört, taumelt Kunst und Kitsch durcheinander, und kein Instinkt erkennt die Merkmale. Wer sich nur ein paar Tage lang das Börsenblatt des Buchhandels ansieht, der bekommt eine schwache Ahnung davon, wie es um das Lesebedürfnis aussieht und welches Genre bevorzugt wird. Da stößt man auf höchst erfolgreiche Schriftsteller, deren Name selbst besten Kennern und Beobachtern von Neuerscheinungen kaum jemals aufgefallen ist und auf Auflagezahlen, die unsern bekanntesten literarischen Verlegern den Atem rauben können. Wer weiß heute noch von dem Dichter Richard Voß? Aber sein Roman

„Zwei Menschen“, vor vielleicht fünfundzwanzig Jahren erschienen, hat heute die Riesenaufgabe von 620 000 erreicht, wovon auf die Zeit seit 1926 allein 77 000 entfällt. Dies nur als Beispiel, wie wenig die Parolen der literarischen Wetterstationen das Publikum wirklich beeinflussen.

Ein breiter Riß zieht sich hin zwischen Literatur und Volk. Der Film hat die Sehnsucht nach Bewegung und Geschehnissen wieder erweckt, die psychologisierende Epoche beendet und die ungezählten „stillen Bücher“ auf ewig still gemacht. Die Verleger aber machten aus der Not eine Konjunktur. In schrankenloser Fülle fluteten Abenteuerbücher auf den Markt. Nicht mehr die lieben alten Schmöcker von einst mit den knallbunten Deckeln und der Moritat darauf, sondern sehr raffiniert mit den neusten Mitteln der Aufmachung. So ein Goldmannscher Edgar Wallace mit Photomontage sieht von weitem fast aus wie ein Upton Sinclair vom Malik. Der Erfolg des Herrn Wallace in Deutschland ist überhaupt die offensichtliche Niederlage unsrer Romanschreiber. Hier wird der Hunger nach Handlung mit einer rohen Häufung von Sadismen gefüttert, ohne den geringsten Kitzel für die Intelligenz, ohne den geistigen Spaß am „Fall“. Aber der Schmöcker von einst sieht jetzt aus wie ein richtiges Buch und ist von der verschämten Sünderecke in den vordersten Schaukasten gerückt, neben die pikfeinsten literarischen Erzeugnisse. Der Erfolg egalisiert, Schund steht mit ruhiger Selbstverständlichkeit neben Qualität. Die Distanz ist aufgehoben, es gibt keine Wertmaße mehr.

Der bedrängte Verleger aber braucht Erfolg um jeden Preis. Er bestellt, impft Ideen ein oder was er dafür hält, zwingt einen Autor, der zu Dunkel neigt, hell zu schreiben; er verwirrt ihn, nimmt ihm den persönlichen Zug. Oder er nötigt einen Autor, den ein Zufallserfolg hochgehoben hat, nun weiter auf gleichem Feld zu ackern, er lehnt andre Vorschläge als nicht zugkräftig ab. Er raubt seinen Leuten damit das Recht auf die Entwicklung, nimmt der Literatur den Reiz der Vielfältigkeit, stellt seine genormten Autoren wie gespießte Schmetterlinge nebeneinander.

Oder er greift kritiklos auf, was ein Anderer grade mit Erfolg begonnen hat. Der Respekt vor dem Original, vor der Einzigartigkeit einer Leistung ist dahin. Rasende Reportage, Petroleum, Kriegsromane – eben wars noch neu und eine Idee. Und gleich ist es abgegriffen, durch Dutzende von Nachahmern verkleinert und als Genre verdächtig gemacht. Erreicht ein Buch, neuartig in Form oder Motiv, in ein paar Tagen Beachtung, so heißt es gleich in soundsovielen Verlagskontoren: „So etwas müssen wir auch haben!“ In diesem Wort liegt das ganze Unheil des deutschen Buches beschlossen. Die Tätigkeit zahlreicher deutscher Verleger ist nicht mehr als eine geistverlassene Doublettenzucht. Wenn einer einen Einfall hatte, leben sofort zwanzig Konkurrenten davon. Mit dem Vorgehen steht es allerdings schlechter. Es wird erzählt, daß Erich Maria Remarque, ehe er mit seinem Kriegsroman zu Ullstein kam, von drei großen und notablen Verlagen abschlägigen Bescheid erhalten habe, und Ludwig Renn sogar soll bei 16 (sechzehn) Verlagen vergebens angepocht haben.

Dann kam der Dokumentenfimmel. Die literarischen Moden, spekulierte man, vergehen, aber die Wirklichkeit kann uns niemand rauben. So begann die Jagd nach Dokumenten, die diese Wirklichkeit in präzisen kleinen Ausschnitten packten oder nach solchen Büchern, die ein Stückchen Wirklichkeit mit der Zeitlupe bezwungen hatten. Diese Zeitlupenbücher sind schon heute durchweg nicht mehr zu lesen. Denn das Auge will auch die Weite, und wer könnte dauernd durchs Mikroskop blicken? Die Menschen Balzacs und Dostojewskis, sind visionär, sie überzeugen von ihrem Leben, ohne durch Unterschrift legitimiert zu sein.

Natürlich haben auch die Dokumentenbücher einigen Nutzen gehabt. Sie haben bestimmte soziale Einblicke gegeben, die uns die Zeitungen versagt haben, weil der Radikalismus gewöhnlich beim lokalen Teil aufhört und dort, wo die härteste Wahrheit am Platze wäre, der vom Verlag vorgeschriebene Sozialoptimismus mildeste Pastellfarben aufträgt. Vor vielen Jahrzehnten hat Gustav Freytag bekanntlich „das deutsche Volk bei der Arbeit aufgesucht“, und das Bild, das er mitgebracht hat, haben auch die här-

testen Schrubber des Naturalismus nicht ganz abkratzen können. Hier haben ein paar Außenseiter mit Erfolg korrigiert und den melodramatischen Einschlag beseitigt, den das Volksleben in der Literatur niemals ganz verloren hat. Aber sofort wurde daraus ein Kultus des Dokuments, und heute will jeder welche bringen. Als Wieland Herzfelde seinen Harry Domela startete, war es ein Geniestreich. Aber jetzt ist auch diese Sparte schon gründlich ausgewalzt, und es muß einmal mit aller Bescheidenheit vermerkt werden, daß jemand, der mit Erfolg Brieftaschen geklaut hat, deshalb noch nicht der Träger einer schriftstellerischen Sendung zu sein braucht. Auch das Dokument ist ohne Gestaltungskraft nicht denkbar, und es bedeutet eine Täuschung, ungestalte und farbenleere Skripturen zu offerieren, bei denen das „Milieu“, das die gutartigen Rezensenten nachher als besonders gelungen ankreiden, von den Verlagslektoren nachträglich in den Bürstenabzug hineingepinselt worden ist. Die Überschätzung von Amateurleistungen führt zur Mißachtung der einfachen Wahrheit, daß auch Schreiben eine Kunst ist, die gelernt werden muß. Es ist ein schlechtverstandener Kollektivismus, der neuerdings einige unsrer erfolgreich Schaffenden unter ihr Publikum drängt, um es gleichsam am Schöpfungsakt teilnehmen zu lassen. Es ist ein etwas blamabler Vorgang, wenn ein Schriftsteller von der hohen Qualität Jacob Wassermanns einen Schwarm von Teegänsen um sich versammelt und ein Referendum über die weitem Schicksale des Knaben Etzel veranstaltet. Aber vielleicht liegt dahinter doch eine große Hilflosigkeit, der Wunsch nach Vereinigung von Literatur und Gegenwart. Denn nicht nur thematisch ist die Literatur hinter der Zeit geblieben, sondern mehr noch sprachlich. War jemals die Buchsprache so entfernt von der Umgangssprache, ja selbst von der Sprache, die der Gebildete, des Ausdrucks Mächtige in seinen Briefen gebraucht –? Die einzelnen Berufe schon haben ihr eignes Vokabular und ihre eigne Dialektik, sie haben mehr als ihren Jargon, es sind schon fast gültige Sprachen. Das Volk spricht anders als selbst in den lebendigsten Büchern von heute gesprochen wird. Das ist wahr. Aber ebenso wahr ist, daß das Volk wieder von den Büchern nichts wissen will, in denen der

Autor sich bemüht hat, die Alltagssprache einzufangen, denn das ist den Leuten dann wieder nicht fein genug.

Das ist ein sehr großes Dilemma, und man ahnt hinter alledem die Götterdämmerung, das Heraufkommen eines neuen Barbarentums, das schrecklich aufräumen wird unter den Werten, an denen wir heute noch hängen. Dem fettgewordenen Geist steht eine harte Abmagerungskur bevor, aber er wird daran nicht sterben, sondern jung und sehnig wieder aufstehen. Heute wird noch die Ablassglocke geläutet und für den Buchbetrieb die liebe Caritas auf die Beine gebracht. So mag es denn sein, und wer möchte als höflicher Mensch auch Herrn Külz widersprechen? Aber an einem andern Tag, der vielleicht noch sehr fern liegt, wird es keine mildtätige Losung mehr geben. Dann wird es heißen, das zu stoßen, was doch fallen will.

In: Weltbühne vom 19. März 1929, 25. Jahrgang 1929,
Nummer 12, Seite 441–445.

Zur Reichsgründungsfeier von Carl v.Ossietsky

Wir haben wieder einen Nationalfeiertag bekommen, von dem die Republik nichts weiß. Die Verfassungsfeiern wickeln sich Jahr für Jahr in dürrer Schematik ab, der 9. November ist für die Patrioten ein Tag der Schande. Jetzt haben die Offiziellen endlich etwas gefunden, das ihre Hemdbrüste wogen läßt: den 18. Januar, den Tag, an dem Bismarck als Verwirklicher der kleindeutschen Pläne für die preußische Dynastie von Deutschland Besitz ergriff. Ein strammer Borusse, der Fürstenanwalt Everling, beklagt in einem Zeitungsartikel, daß Preußen am Reiche zerbrochen sei. Nun, so schlimm wars nicht. Vielmehr hätten diejenigen, welche vorgeben, die großdeutsche Idee zu vertreten, Veranlassung, am 18. Januar auf Halbmast zu flaggen. Denn damals wurde das Werk von Sadowa vollendet, der preußische Raubstaat triumphierte über Deutschland, damals wurde die deutsche Nation für immer zerrissen. Im ersten Versailles, nicht im zweiten von 1919, sind einige jener Minoritätenfragen entstanden, deren willen deutsche Nationalisten von Heute Europa am liebsten mit Krieg überziehen möchten.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch schrieb jener alldeutsche Pamphletist, der sich Junius alter nennt, eine Broschüre mit dem Titel: „Das deutsche Reich – eine historische Episode?“ Zieht man das Fragezeichen ab, so hat der Mann ganz und gar recht: Bismarcks Reich ist wirklich nur eine historische Episode gewesen. Zurückgeblieben ist ein ins Elend geworfenes Volk, dem der schnell vorübergerauschte Glanz und Schall des Kaisertums den Verstand verwirrt hat, das nicht mehr weiß, was es will und dem nur ziemlich klar ist, daß es mit der demokratischen Republik nichts anfangen kann. Stünde die Vernunft höher im Preis, so müßte man wenigstens zugeben, daß die Republik von Weimar, so unzulänglich ihre Praxis auch gewesen sein mag, doch einen Willen zur Form aufweist, während Bismarcks Fürstenbund eine welthistorische Monstrosität war, ein staatsrechtli-

ches Kuriosum, das sich nur durch Diktatur im Innern und durch eine geniale Außenpolitik helfen konnte. Die Epoche Bismarcks war die der Industrialisierung, des ökonomischen Aufschwungs. Statt der politischen Freiheit, für die der Bürger noch zwanzig Jahre vorher auf die Barrikade gegangen war, bekam er die geschäftliche Prosperität.

Vielleicht ist das der Grund, weshalb das Bürgertum heute so inbrünstig die Reichsgründung feiert. Denn das war sein Reich; wenn ihm auch der Staat eine Kröte nach der andern zu schlucken gab, so verdiente er doch sein gutes Geld dabei, so regierte er zwar nicht im Lande, wohl aber im Geschäft, in der Fabrik, in der Familie. Kein kulturelles Band verknüpft uns mehr mit 1870 oder 1880. In dieser Zeit des höchsten politischen Glanzes waren Geist und Künste in die faulsten und fettesten Niederungen versunken. Was diese Jahre überdauert hat und noch zu uns spricht, hielt wenig von Bismarck und seinem Reich. Anton von Werners naturgetreue Uniformlitzten, die abscheulichen Klapperverse hochgemuter Poeten, der bunte Trompeter von Säckigen auf der Barttasse – das sind so die Reliquien aus dieser glorreichen Zeit. Am Beginn des zweiten deutschen Kaiserreiches steht der furchtbar schneidende Protest von Nietzsches „Unzeitgemäßen Betrachtungen“, an seinem Ende Heinrich Manns „Untertan“.

Heute ist das Bürgertum wirtschaftlich ruiniert. Der selbstbewußte Besitzer von einst wankt verzweifelnd zwischen leerem Tresor und Gashahn. Das Geschäft ist überschuldet, und da, wo er zu herrschen gewohnt war, in der Familie, ist er quantité négligeable. Die Söhne verdienen – so weit sie verdienen – ohne sich um antiquierte Vorurteile zu kümmern; die Töchter bringen ihre Liebhaber mit nach Haus. So ist es wohl begreiflich, warum die Ältern sich nach Zeitläuften zurücksehnen, wo sie noch etwas bedeuteten, wo sie Herren- und Besitzergefühlen nachgehen durften, Zucht und Sitte die Untergebenen, zu denen auch Frau und Kind zählten, in Unmündigkeit hielt. Warum aber die junge Generation, warum die Jahrgänge 1900 bis 1910 diesen

Kult der Vergangenheit mitmachen, das mag der Teufel wissen. Kein junger Mensch von Heute wäre mehr imstande, sich mit dem alten Obrigkeitsstaat und mit seiner in die privatesten Dinge reichenden Autorität ohne den leidenschaftlichsten Widerstand abzufinden. Den patriotischen Verehrern der Kasernenpflicht sei es gesagt: – wenn heute Zwanzigjährige wie früher alten Drillunteroffizieren ausgeliefert werden sollten, sie würden am ersten Tage alles in Klump schlagen. Gegen schikanöse Finanzämter auf dem flachen Lande werden von aufgeregten Bauern Bombenanschläge unternommen – sagen wir ruhig: unter der schadenfrohen Genugtuung von mindestens 80 Prozent aller Deutschen. Vergleiche man das mit der politischen Kirchhofsruhe vor ein paar Jahrzehnten. Deutschland hat sich in höherem Maße republikanisiert, als die Freunde der Vergangenheit wissen, als den Republikanern selbst angenehm ist. Deren untilgbare Schuld lag in ihrer Zagheit, in ihrem Mangel an Führung im ersten republikanischen Jahrzehnt. Sie glaubten, die neue Zeit immer nur in vorsichtiger Dosierung verabfolgen zu können, sie zogen die Trennungsstriche nicht scharf genug und anstatt sich als die Bahnbrecher einer andern Aera, als die Stürzer des Bismarckschen Reichs zu rühmen, gab sie vor, dessen Ablösung, dessen Vollendung zu sein. So stehen sie in traurigem Zwielficht da, nicht hierhin, nicht dorthin gehörig. Aus alten Legenden und neuem Unsinn bereitete sich Deutschland eine neue verrückte Mixtur. Bismarck war trotz alledem eine Jahrhundertgestalt, Wilhelm II. – nun, ein nicht unbegabter Jahrmarktkünstler – wer aber ist Adolf Hitler? Wie groß muß die geistige Versumpfung eines Volkes sein, das in diesem albernen Poltron einen Führer sieht, also eine Persönlichkeit, der nachzueifern wäre! Wie groß muß die psychologische Unfähigkeit dieses Volkes sein, sein mangelnder Instinkt für Echtheit und Falsifikate! Nun, Hitler wird niemals das Dritte Reich verkünden, Hitler wird untergehen, aber mit ihm jene erste republikanische Generation, die ihn mit ihren Fehlern und Unterlassungssünden, mit ihrem beduselten Optimismus gradezu gezüchtet hat.

Zu den vielen Unfaßbarkeiten des republikanischen Regimes gehört die offizielle Begehung eines nicht mehr als dynastischen Vorfalles, wie es die Reichsgründung gewesen ist. Am 18. Januar 1871 soll die deutsche Einheit vollendet worden sein? An diesem Tage ist sie durch die Begründung des kleindeutschen Kaisertums der Hohenzollern für immer gesprengt worden. Als Wilhelm Liebknecht 1870 die Kriegskredite ablehnte und später das Bismarcksche Reich bekämpfte, da war diese Haltung weniger aus sozialistischer Doktrin zu erklären, denn aus großdeutscher und schwarzrotgoldener Erinnerung, aus der Tradition eines kombattanten Achtundvierzigers. Wer heute beklagt, daß so viele Deutsche außerhalb des Reichs leben, der mag die gefräßige und engherzige Hauspolitik der Hohenzollern dafür schuldig sprechen. Niemals wieder wird es eine einheitliche deutsche Nation geben. Wenn einmal der große Schlußkampf zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten wird, dann werden zwar die Grenzsteine wieder wanken, aber dann werden Klassen gegeneinanderstehen, und nicht mehr Nationen.

Sie mögen ihr Reich feiern, die Fragmente der ehemaligen Herrenkaste, die Militärs, die hohe Bureaucratie, die Besitzer von Geld, Land und Menschen. Die Republik hat damit nichts zu tun. Die Republik nennt diese amtliche Feierei Verrat an ihrem Geist, unverzeihliche Konzession an ihre monarchistischen und fascistischen Feinde. Denn die Republik ist geschaffen und gehalten worden von jenen, auf die das Kaiserreich seine Gendarmen und sein Sozialistengesetz hetzte. Solange die Reste dieser Epoche nicht getilgt sind, begeht der neue Staat ein Verbrechen an seiner Existenz, das anzubeten, was noch nicht verbrannt ist. Erst vor der Aschurne des zweiten deutschen Kaiserreichs mögen alte Leute ihre Trauerzeremonien abhalten, junge Menschen in Pietät den Hut lüften. Noch läuft zu viel von dem Unwesen der Kaiserzeit lebendig herum, als daß es erlaubt wäre, sie als verehrungswürdige Vergangenheit zu behandeln. Streng genommen fällt diese ganze Festivität unter das Republikenschutzgesetz, diese Republik müßte sich beim Vierten Strafsenat selbst denunzieren.

In: Die Weltbühne. 27. Jahrgang 1931, Nummer 3, 20. Januar 1931, Seite 79-81.

Der Weltbühnen-Prozeß von Carl v. Ossietzky

An einem solchen Nach-
mittag sitzt der Lord-
Oberkanzler da mit einer
Nebelglorie um das Haupt,
eingehüllt und umgeben
von Scharlachtuch ...

Charles Dickens, Bleakhouse

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts hat am 23. November den Schriftsteller Walter Kreiser und mich als verantwortlichen Leiter der ‚Weltbühne‘ zu einer Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren verurteilt wegen Verbrechens gegen § 1 Absatz 2 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse. Gegenstand der Anklage war der Artikel Kreisers vom 12. März 1929 „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“. Zwischen dem Verbrechen und der Sühne liegt also ein Zeitraum von zweieinhalb Jahren. In dieser Zeit ist das Heft mit dem landesverräterischen Artikel nicht einen Tag beschlagnahmt gewesen. In dieser Zeit hielt sich Kreiser, gelernter Flugzeugtechniker und Konstrukteur, beinahe ein Jahr in Amerika auf, um in Philadelphia für das Pennsylvania Airdraft Syndicate zu arbeiten. In dieser Zeit hat Kreiser unserem Anwalt Alfred Apfel jede Adressenänderung mitgeteilt und ist schließlich in dem heitern aber unangebrachten Vertrauen zurückgekehrt, daß vor der Sagazität des höchsten Gerichtes die Anklage wie eine Seifenblase zerplatzen würde.

Diese frohe Gewißheit habe ich niemals geteilt, wenn ich auch diesen Ausgang nicht für denkbar halten konnte. Ich weiß, daß jeder Journalist, der sich kritisch mit der Reichswehr beschäftigt, ein Landesverratsverfahren zu gewärtigen hat; das ist ein natürliches Berufsrisiko. Dennoch war diesmal für eine reiz-

volle Abwechslung gesorgt: wir verließen den Saal nicht als Landesverräter sondern als Spione.

Aus begreiflichen Gründen muß ich davon absehen, auf das innere Thema des Prozesses einzugehen. Vor den Lesern der ‚Weltbühne‘ ist es gewiß unnötig, Kreiser und mich zu rechtfertigen, aber vor jenem Publikum, das uns nicht kennt und seine Meinungen aus den Reservoiren der nationalistischen Presse empfängt, sind wir diffamiert, ohne uns zur Wehr setzen zu können. Hinter verschlossenen Türen sind wir abgeurteilt worden, militärische Geheimnisse Deutschlands an auswärtige Regierungen weitergeleitet zu haben. Mit Recht schreibt die ‚Frankfurter Zeitung‘, daß ärger als Gefängnis ein solches Odium ist.

Ich weiß mich in bester Übereinstimmung mit Kreiser, wenn ich hier erkläre, daß Anklage und Urteil an unsern Absichten glatt vorbeitreffen, daß wir noch heute zu ihnen stehen und nichts zu widerrufen haben. Der Artikel Kreisers befaßte sich mit Bedenklichem aus dem Luftfahrtetat, er behandelte Tariffragen der Piloten und Facharbeiter auf den Flugplätzen, er geißelte die Vergeudung von Steuergeldern in einem schlecht kontrollierten Subventionswesen, er streifte zum Schluß ganz episodisch eine militärische Spielerei, die bereits durch eine Reichstagsdrucksache den politisch Interessierten zugänglich war. Kreiser, damals stellvertretender Abteilungsleiter im Deutschen Verkehrsbund, ist in diesen Fragen sehr sachverständig. Den Spion möchte ich sehen, der seinen Auftraggebern eine Information zu bringen wagt, die bereits seit einem Jahr im Druck vorliegt. Er würde im Gleitflug vor der Tür landen. Außerdem hat die ‚Weltbühne‘ im Laufe der Jahre genügend militärpolitische Artikel gebracht und dabei auf Tarnung verzichtet. Die ‚Frankfurter Zeitung‘ meint zwar, daß wir uns häufig im Tone zu vergreifen pflegten. Eh bien, aber Hinterhältigkeit ist uns noch niemals vorgeworfen worden.

Nur mit einiger Mühe bin ich von unsern Verteidigern zurückgehalten worden, einen Ablehnungsantrag zu stellen. Ich hatte zu diesem Senat nach seiner bestens bekannten Judikatur gegen Pazifisten und Kommunisten nur ein herabgemindertes

Vertrauen. Jahrelang hatte ich geschrieben, daß der IV. Strafsenat nicht das Recht der Deutschen Republik spricht, sondern durchaus die Gepflogenheiten eines Standgerichts angenommen hat. Sollte der Mann von der ‚Weltbühne‘ dort Objektivität erwarten? Im Herbst 1930 hatte im gleichen Saal und vor dem gleichen Vorsitzenden, Herrn Reichsgerichtsrat Baumgarten, Adolf Hitler das berühmte Wort von den „rollenden Köpfen“ gesprochen, und damals hatte ich geschrieben (‚Weltbühne‘ 1930, Nr. 40): „Man vergleiche die trockene Abfertigung des Staatssekretärs Zweigert, des Mannes der Reichsregierung, mit der entgegenkommenden Geste für Hitler... Das Reichsgericht ahnt den Herrn von morgen... Was Hitler mit einem spinnwebdünnen Tuch von Legalität umkleidet vor dem höchsten Gericht verkündete, hieß bei Politikern, die nicht Koalitionsfreunde des Reichsjustizministers sind: Vorbereitung zum Mord. Max Hölz soll neulich im Sportpalast gesagt haben, daß man auch in Deutschland eine G.P.U. brauche, und flugs war der Arm der Gerechtigkeit lang ausgestreckt. Wenn ein Gericht einen hochverräterischen Plan, wie es in Leipzig geschah, mit Achtung anhört, anstatt den Mann in eine Heilanstalt zu stecken oder als Verbrecher in Eisen zu legen, so ist dies ein recht deutliches Zeichen, daß die Vertreter der Staatsautorität entweder arg erschöpft sind oder daß sie schon mit schüchternen Fußspitzen den Boden neuer Tatsachen zu suchen beginnen.“

Ich wollte also einen Ablehnungsantrag stellen. Unsre Anwälte jedoch rieten dringend ab. Nicht nur der formalen Schwierigkeiten halber, nein, wir hätten reiches Material zur Verfügung, um den Tatbestand der Anklage zu erschüttern, genug Rechtsgründe, um ihren Geist niederzuzwingen. Wir wollten argumentieren, nicht demonstrieren. So zogen wir denn aus zur Hermannsschlacht: – zwei Angeklagte, vier Advokaten. Max Alsberg, Alfred Apfel, Rudolf Olden, Kurt Rosenfeld, vier Juristenköpfe, die eine schwer berechenbare Summe von Qualität verkörpern. Als wir am 23. November, nachmittags 13 Uhr 30 aus dem Gerichtssaale kamen, da wußten wirs: der Angriff der Jurisprudenz

auf den IV. Strafsenat war siegreich abgeschlagen. Und als wir etwas verdattert über den scheußlichen steinernen Korridor gingen, da trafen wir im muntern Plaudern mit unserm Ankläger einen leicht ergrauten, frisch aussehenden Herrn von untersetzter Statur, der sich, nach seiner frohen Miene zu schließen, in bestem Einklang mit Gott und der Justiz zu befinden schien. Das war jener Prokurator des Reichs, der das Dezernat für Hochverrat und Spionage innehat. Das war Herr Jorns.

Anderthalb Jahre Freiheitsstrafe? Es ist nicht so schlimm, denn es ist mit der Freiheit in Deutschland nicht weit her. Mählich verblassen die Unterschiede zwischen Eingesperrten und Nichteingesperrten. Jeder Publizist, der in bewegter Zeit seinem Gewissen folgt, weiß, daß er gefährdet lebt. Die beste politische Publizistik wurde stets heimlich in Dunkelkammern geschrieben, nächtlich an Mauern geklebt, während Denunzianten durch die Straßen schlichen und auf den großen Plätzen die Soldaten in Karrees standen. Wer, wie der Schriftsteller, an die immaterielle Kraft des in die Welt hinausgeschleuderten Wortes glaubt, der wird also nicht jammern, wenn dieses, Körper geworden, als Gummiknüppel oder Stahlmantel oder Gefängnishaft wieder auf ihn zurückprallt.

Gewiß, die Zeiten sind bewegt, aber die Justiz ist es gar nicht. Die politische Justiz namentlich tritt hinter der Zeit her, so weit sie nicht mit kühnem Sprung über die Gegenwart sich mit den Machthabern von morgen gut zu stehen sucht. Hoher Senat, Herr Vorsitzender –! Wenn das vor Jahr und Tag in Deutschland ausgegebene Schlagwort von der Justizkrise nicht verstummen will, so liegt die Verantwortung dafür vornehmlich bei Ihnen, meine Herren Reichsgerichtsräte! Justizkrise, damit will niemand das Amtsgericht von Kulschnappel anprangern, das sich redlich mit seinen Aktenstößen herumquält, auch nicht das Kammergericht zu Berlin, von dem kaum jemand spricht und gegen das keine Broschüren geschrieben werden. Justizkrise, die findet ihre Verkörperung in der Leipziger Reichsanwaltschaft und in dem politischen Gerichtshof, im IV. Strafsenat. Dort ist jene unselige

Staatsraison entstanden, die alle Gefahr ausschließlich links sucht, die jeden roten Funktionär mit Zuchthaus bedroht, die den literarischen Hochverrat erfunden hat und ihn bis auf Kolporteur und Setzerjungen ausdehnt. Dort hat die Reaktion, als Rechtsprechung der Republik maskiert, ihr Hauptquartier aufgetan. Wenn heute die Kommunisten der demokratischen Republik in so erbitterter Feindschaft gegenüberstehen, daß ihnen der offene Fascismus manchmal passabler scheint als der Staat der Weimarer Verfassung, so ist das nicht allein parteipolitische Verwirrung, so ist das zu einem großen und schlimmen Teil Ihr Werk, meine Herren Reichsrichter! Ihr Senat ist der Staatsgerichtshof der Republik, aber Ihre Tätigkeit hat sich im ganzen darauf beschränkt, dem Reichswehrministerium gelegentliche Unannehmlichkeiten zu ersparen; was Sie sonst zur Rettung von Sicherheit und Ordnung unternommen haben, Gott verzeih es Ihnen!

Vor diesem Tribunal hatten wir uns also zu verantworten. Der Reichsanwalt ist kein Torquemada sondern ein höflicher jüngerer Herr, der angenehmerweise nicht emphatisch wird und seine schwerkalibrigsten Argumente so leger vorträgt wie eine Einladung ins Café Felsche. (Ich hoffe, damit die Schweigepflicht nicht zu verletzen.) Der Ankläger bleibt übrigens durchweg sehr reserviert. Seine Rolle übernimmt, wie so oft bei deutschen Gerichten, der Herr Präsident. Nichts gegen Herrn Baumgarten! Er besitzt vollendete Manieren, er hat eine sehr cavalière Art, die unvermeidlichen Zwischenfälle zu behandeln. Aber sehr bald merken wir, daß wir bei diesem so liebenswürdigen Herrn recht arg ins Hintertreffen kommen. Er holt, zum Beispiel, zu meiner Kennzeichnung das lange durch Amnestie getilgte Urteil des Femeprozesses von 1927 heraus. Ein politischer Tendenzprozeß, der in erster Instanz mit einer Gefängnisstrafe endete, die in der Berufung in Geldstrafe umgewandelt wurde. Jetzt erfahren wir auf Grund eines höchstgerichtlichen Entscheides, daß auch Amnestie keinen Strich unter Vergangenes bedeutet. Jetzt werden die Konklusionen eines offensichtlich nationalistisch und militaristisch denkenden Richters verlesen, aus denen sich ergeben muß,

daß ich mit der Ehre von Offizieren höchst leichtfertig umgehe. So kehrt ein in einem politischen Prozeß ausgesprochenes Urteil in ganz andrer Zeit und unter andern Voraussetzungen wieder. Eigentlich existiert es nicht mehr, weil die Epoche, in der es gefällt wurde, vorüber ist, weil alle politischen Strafen an bestimmte Zeitläufte und Entwicklungsphasen gebunden sind. So dachten wir bisher, aber das gilt nicht beim Reichsgericht.

Mit einigem Schrecken denke ich daran, wie es in der gefährlich höflichen Luft dieses Gerichtshofes wohl einem unbeholfenen Proletarier ergehen mag, der so viel Verbindlichkeit gegenüber doch den Haß, der ihm auf der Zunge brennt, nicht bändigen kann, und in dessen Herzen trotzdem eine kleine Hoffnung auf Gerechtigkeit zitternd atmet. Wir haben ihm gegenüber den Vorzug der Illusionslosigkeit. Wir haben Distanz. Wir regen uns ebenso wenig auf wie die Herren jenseits des grünen Tuchs. Hier werden verschiedene Sprachen gesprochen, hier hilft kein Tausaint-Langenscheidt, kein Esperanto. Hier gilt, was Rudyard Kipling von Europa und Asien dichtete: „Osten ist Osten und Westen Westen, und niemals werden sie sich treffen.“

Neben mir sitzt mein Mitangeklagter Kreiser. Ich sehe sein gutes gebräuntes Schwabengesicht; ein prachtvoller Kerl, mit dem man Pferde stehlen kann, aber keine militärischen Geheimnisse. Von dem würde man in jeder andern Umgebung wissen, daß er sein innerstes Wesen in den offen blickenden Augen trägt, während er hier in grotesker Transfiguration ein ertappter Spion, Mitglied einer höchst ehrenrührigen Branche wird. Wie unwirklich ist überhaupt dies Ganze! Der große Saal mit zwei Emporen liegt leer da und verdämmert langsam. Die paar Mitspieler sitzen vorn zusammengedrängt, die Stimmen verhallen hohl im Riesenraum. Unheimlich, so ein Theater ohne Publikum. Durch die hohen bunten Glasscheiben, die mit allegorischen Damen mehr als besetzt sind, fällt mit dem sinkenden Tag ein grünliches Licht und liegt wie Patina auf den roten Talaren. Das ist die Grundfarbe von Hoffmanns Erzählungen. Da dringt plötzlich lautes Kinderlachen in den Spuk. Draußen, nur durch etwas Stein und Glas von uns

getrennt, spielen Kinder und tanzen juchzend über die breite Auffahrtrampe. Es gibt also doch noch etwas anderes. Es hat nur ein Stümper an der Zeitmaschine hantiert und uns in spaßhafter Anwendung in ein Stück aus der Ära Metternich oder dem Sozialistengesetz hineingeworfen. Gleich wird ein verständiger Mensch kommen und die Geschichte wieder regulieren. Denn ein paar Schritte weiter lachen Kinder, rasseln Autos vorüber. Dort draußen ist 1931.

Kehren wir also in dieses deutsche Jubeljahr zurück, in dem man zwei Schriftsteller wegen Verrates militärischer Geheimnisse verurteilt, weil sie vor zweieinhalb Jahren auf ein paar kostspielige budgetäre Kunststücke hingewiesen haben, die zu Lasten des auch damals schon genug geplagten deutschen Steuerzahlers gefingert worden sind. Ausspionieren kann man nur ein Geheimnis, nur etwas Verborgenes, und hier war höchstens etwas öffentlich Unbekanntes. Hier ruhte die Sensation, die wir verbrecherischerweise an fremde Regierungen gelangen ließen, schon ein Jahr in einer Reichstagsdrucksache. Das große Geheimnis war auf den Flugplätzen Deutschlands – und also auch des Auslands – wohlbekannt. Im Frühjahr 1929 lebten wir noch unter den Nachwehen des Lohmannskandals, und bald darauf brach im Reichstag das Unwetter über den Luftfahrtetat des Herrn Ministerialdirigenten Brandenburg herein. Eine ungewöhnliche Etatskürzung war die Folge. In dieser Zeit ist der Artikel Kreislers geschrieben worden. Er wandte sich gegen die düstere Betriebsamkeit kommerziell begabter Offiziere, die Millionen von Reichsmitteln in hoffnungslose Unternehmungen gesteckt hatten. In den Zeiten der verblichenen Schwarzen Reichswehr wurden militärische Institutionen zivil getarnt. Daran zu tippen, war Landesverrat, bis schließlich das große Unglück von Küstrin passierte, Herr Geßler seine heimlichen Heerscharen öffentlich als „nationalbolschewistische Haufen“ denunzieren mußte und seine legalen Bataillone gegen seine illegalen vorschickte. In der Ära Lohmann lagen die Dinge umgekehrt. Damals wurden höchst zivile, höchst merkantile Unternehmungen militärisch

getarnt, und als vaterländische Heiligtümer erklärt, weil darin erwerbstüchtige Offiziere ihr Wesen trieben.

Man darf sich von Prozessen dieser Art, so infamierend die Anklage auch sein mag, nicht bluffen lassen. Das Ausland ist, wie jeder Kundige weiß und jeder Unkundige durch Zeitungsstudium erfahren kann, bestens unterrichtet, und zwar nicht aus der deutschen Presse, die sich musterhaft diskret verhält, sondern durchweg aus dem Geschwätz von intim Beteiligten, die das Maul nicht halten können. Auch unsre chauvinistische und militärfromme Presse packt oft in renommistischer Laune die tollsten Dinge aus, ohne daß es der Reichsanwaltschaft einfiel, hier ein Wort der Ordnung zu sprechen. Es ist überhaupt die Frage, welchem Zweck diese Landesverratsprozesse dienen: sollen sie das Wissen des Auslandes oder das des Inlandes verhindern? In all den Jahren, wo um solche und ähnliche Dinge gestritten worden ist, hat es sich gezeigt, daß bestimmte Stellen in der Reichswehr die Neugier des deutschen Steuerzahlers mindestens in gleichem Maße fürchten wie den Geheimdienst des französischen oder englischen Generalstabs. Der Feind, vor dem etwas versteckt werden soll, sitzt meistens nicht in Paris oder Genf sondern im Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags.

Es fehlt in Deutschland sehr an jener Budgetredlichkeit, die das englische Regierungssystem auszeichnet. Es fehlt der Sinn für demokratische Kontrolle, für die unbedingte Hochachtung vor dem aus Steuergroschen zusammengeflossenen Staatsgeld. Begreift man nicht heute nach dem Zusammenbruch der deutschen Finanzen, daß es nicht nur politisch richtig war sondern auch von moralischer Gewissenhaftigkeit zeugte, schon im März 1929 auf fehlgeleitete, schlecht angewandte Subventionen zu verweisen? Wo mit Reichsmitteln heimliche Gründungen stattgefunden haben, die sich der Beaufsichtigung entziehen, da muß eine Sphäre von Korruption entstehen, in die hineinzuleuchten nicht Landesverrat, nicht Spionage bedeutet sondern Verdienst um die Öffentlichkeit.

Es steht in unserm Falle nicht zur Debatte, ob es im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit liegt, auch wirklich vorhandene militärische Rüstungen, die den Friedensverträgen widersprechen, offen aufzudecken, weil eine vernünftige Gesamtpolitik durch eine geldfressende und in der Praxis nutzlose Soldatenspielererei immer wieder durchkreuzt wird. Das steht hier, wie gesagt, nicht zur Debatte. Hier handelt es sich nur um die Frage, ob der Ressortpatriotismus des Reichswehrministeriums zum nationalen Schibboleth werden soll. Wir haben nur ein kleines Heer aber einen großen Militarismus. Wir sind allzu sehr gewohnt, uns vor Generalen zu ducken, die mit der Faust auf den Tisch schlagen. Über die Stellung der Militärs im demokratisch-republikanischen Staat hat Georges Clemenceau, der letzte große Jakobiner Frankreichs, in seiner Verteidigungsrede für Emile Zola Endgültiges gesagt: „Das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft ist das Recht, die Freiheit, die Gerechtigkeit. Das Prinzip der militärischen Gesellschaft ist die Disziplin, der Befehl, der Gehorsam ... Die Soldaten haben nur Daseinsberechtigung, weil sie das Prinzip verteidigen, das die bürgerliche Gesellschaft darstellt.“ Diese Grundsätze, die nach Auffassung deutscher Offiziere gewiß an Hochverrat grenzen, hat Clemenceau in Frankreich zur Anwendung gebracht, mit ihnen hat er den Krieg gewonnen.

Immer wieder ist in diesen Tagen von deutschen und ausländischen Blättern gefragt worden, wie es denn möglich gewesen sei, daß die Reichsregierung diesen Prozeß überhaupt stattfinden lassen konnte. Nicht der Artikel Kreislers ist dem Wohle des Reichs abträglich gewesen, sondern dieser Leipziger Prozeß und sein Ausgang. Wenn im Dritten Reich erst einmal nach der Plattform von Boxheim regiert werden wird, dann werden Verräter wie Kreiser und ich ohne Aufhebens füsiliert. Wir sind noch nicht ins SA.-Paradies eingegangen, wir wahren noch das Dekorum des Rechtsverfahrens, wenn auch nicht völlig seinen Geist. Da man in Leipzig gegen uns hinter verschlossenen Türen verhandelt hat, wäre es nur konsequent gewesen, nicht nur die Urteilsbegründung, sondern auch den Urteilsspruch selbst geheimzuhalten,

damit nichts davon in die Welt dringe. So aber steht die deutsche Außenpolitik jetzt, kurz vor der Eröffnung der Abrüstungskonferenz, vor arger Schädigung und lästigem Verdacht. Und was selbst im Lande verhindert werden sollte, die öffentliche Erörterung, sie ist da. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat soeben die folgende Interpellation eingebracht. Sie ist in vielen Blättern abgedruckt worden:

„Am 23. November 1931 hat das Reichsgericht zwei Schriftsteller wegen Verbrechens gegen § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Verrat militärischer Geheimnisse zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dem Verfahren, das zu dieser Verurteilung geführt hat, liegt ein Aufsatz mit der Überschrift „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ zugrunde, der in Nummer 11 der Zeitschrift ‚Die Weltbühne‘ vom 12. März 1929 erschienen war. In diesem Aufsatz sind keine Geheimnisse enthalten, sondern nur Dinge erwähnt worden, die entweder in einer breitem Öffentlichkeit bekannt oder sogar im Protokoll der 312. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 3. Februar 1928 gedruckt zu lesen waren. Nicht nur in dem Prozeß, der zu der Verurteilung der beiden Angeklagten geführt hat, sondern auch für die Verkündung der Urteilsbegründung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da angeblich eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen war. Darüber hinaus hat der zuständige Senat des Reichsgerichts es für notwendig gehalten, allen Beteiligten unbedingte Schweigepflicht über alle während des Prozesses zu ihrer Kenntnis gelangenden Umstände aufzuerlegen.

Wir fragen die Reichsregierung:

1. Ist sie bereit, über die nähern Umstände, die zur Einleitung des Verfahrens geführt haben, Auskunft zu geben und insbesondere darüber, weshalb der Prozeß erst zweieinhalb Jahre nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels stattgefunden hat?

2. Ist es wahr, daß die Bearbeitung der Anklage in diesem Prozeß in dem Referat des Reichsanwalts Jorns erfolgt ist?
3. Ist die Reichsregierung bereit, die Urteilsbegründung bekanntzugeben?
4. Hält die Reichsregierung ein Geheimverfahren, wie es bei diesem Prozeß vom Reichsgericht geübt wurde, für geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes in die deutsche Rechtsprechung zu stärken?
5. Ist die Reichsregierung der Meinung, daß durch die Art, in der der Prozeß vor dem Reichsgericht geführt worden ist, im Ausland nicht viel falschere Auffassungen wegen angeblicher deutscher Geheimrüstungen entstehen können, als sie vor der Durchführung des Prozesses bestanden haben? Ist dies vielleicht die Meinung des Auswärtigen Amtes gewesen? War die Verzögerung des Prozesses darauf zurückzuführen, daß das Auswärtige Amt aus außenpolitischen Gründen die Durchführung des Verfahrens für falsch hielt?
6. Ist die Reichsregierung bereit, alle Schritte zu tun, um die Vollstreckung dieses Urteils des Reichsgerichts zu verhindern?“

Die sozialistische Interpellation präzisiert die Fragen durchaus richtig. Findet das Weltbühnen-Urteil Nachfolge, so wird der Rest der Pressefreiheit in Deutschland der schnellen Vernichtung ausgesetzt sein. Wenn die Prüfung eines dunklen Etatpostens als zuchthauswürdiges Verbrechen bewertet werden kann, dann ist die akute Gefahr vorhanden, daß jede kritische Äußerung und daß schließlich auch das gesamte Nachrichtenwesen unter die Tyrannei des Spionageparagraphen gerät. Diese sehr gefährliche Möglichkeit hat unser Prozeß deutlich aufgezeigt.

Er bietet aber auch einen hellern Aspekt. Seit Jahren hat sich die Judikatur des IV. Strafsenats auf die Parteigänger des Linksradikalismus beschränkt, gelegentlich wurden zur Belebung des gleichförmigen Bildes auch ein paar Pazifisten hinzugezogen. Die Protestbewegung arbeitete ausschließlich links von der Sozial-

demokratie, von einigen Außenseitern abgesehen. Der Protest ist ebenso Parteisache geworden, wie es die Pflicht jedes Kommunisten ist, mutig in sein Schicksal zu gehen. Der Weltbühnen-Prozeß deutet auf eine hoffnungsvolle Erweiterung der Arbeitssphäre des Reichsgerichts hin. Die Öffentlichkeit ist aufgeschreckt, die Blicke richten sich wieder nach Leipzig. Es wächst die Erkenntnis für das vom Reichsgericht in langen Jahren angestellte Unglück. Ich spreche den heißen Wunsch aus, daß die Empörung, die unser Prozeß verursacht hat, auch den frühern Opfern der leipziger reichsgerichtlichen Justiz zugute kommen möge, daß sie sich vor allem den proletarischen Opfern zuwenden möge, die unbeachtet in den Gefängnissen verschwunden sind, daß eine Volksbewegung daraus wachse, die dieser politisierten Justiz, die mit Politik noch weniger zu tun hat als mit Justiz, endlich den Abschied gebe. So schön und ehrenvoll die Sympathiekundgebungen für Kreiser und mich sind, sie dürfen nicht in der individuellen Sphäre bleiben. Die Protestationen müssen in den Bereich des politischen Kampfes gegen die machtvoll organisierte Konterrevolution getragen werden.

Wir stehen an einem schicksalsvollen Wendepunkt. In absehbarer Zeit schon kann der offene Fascismus ans Ruder kommen. Dabei ist ganz gleichgültig, ob er sich seinen Weg mit sozusagen legalen Mitteln freimacht oder mit solchen, wie sie der Henkerphantasie eines hessischen Gerichtsassessors entstiegen sind. Das Wahrscheinliche dürfte eine Zusammenfassung von beiden Methoden sein: eine Regierung, die beide Augen zudrückt, während die Straße der Hooligan- und Halsabschneiderarmee der SA.-Kommandeure ausgeliefert bleibt, die jede Opposition als „Kommune“ blutig unterdrücken. Noch ist die Möglichkeit der Zusammenfassung aller anti-fascistischen Kräfte vorhanden. Noch! Republikaner, Sozialisten und Kommunisten, in den großen Parteien Organisierte und Versprengte – lange werdet ihr nicht mehr die Chance haben, eure Entschlüsse in Freiheit zu fassen und nicht vor der Spitze der Bajonette! Die Zeit der isolierten Aktionen geht zu Ende, der Bürgerkrieg der Sozialisten wird sei-

nen eifrigsten Kombattanten plötzlich fragwürdig. In diesen ganz großen Dingen spielt der Weltbühnen-Prozeß nur eine bescheidene Rolle, aber die Bewegung, die er im Gefolge hat, gibt doch wieder eine ferne Vision von der Macht kameradschaftlichen Abwehrwillens, der sich nicht nur schützend vor einzelne Personen stellt, sondern eine Sache groß auf die Fahne schreibt. Wir wollen mit dem starken Wort von der Roten Einheitsfront keinen vorschnellen, die natürliche Entwicklung schädigenden Unfug treiben. Es ist noch lange nicht so weit, noch sind die Hemmnisse zu groß. Noch kämpft die deutsche Arbeiterschaft gegen Wind und Sonne. Aber es ist heute die beglückende Tatsache zu verzeichnen, daß der Sinn für das wieder wächst, was der größte deutsche Freiheitsdichter etwas zu pathetisch aber doch mit einem Feuer ausgedrückt hat, das auch in unsrer härter und sachlicher gewordenen Zeit noch brennt: „Es ist ein Feind, vor dem wir alle zittern, und eine Freiheit macht uns alle frei!“

Die Weltbühne. 27. Jahrgang 1931, Nummer 41, Seite 803-811.

Kommt Hitler doch? von Carl v. Ossietzky

Das waren vier Tage, die die Nerven der Welt erschütterten, Hitler erläßt Botschaften an Alle, apostrophiert die ausländische Presse; sein Herold Rosenberg aus Riga unternimmt vordatierte außenpolitische Schritte. Die Reichsregierung wird nicht sichtbar, sie scheint schweigend und hastig die Koffer zu packen. Endlich am vierten Tag abends erscheint der schlichte Star des Kabinetts am Mikrophon, teils um ein paar beschwichtigende Worte zu sprechen, teils um seine Vierte Notverordnung dem Volke menschlich näher zu bringen.

Und jetzt geschieht ein wirkliches Wunder. Die allgemeine Panik weicht kritikloser Vertrauensseligkeit. Jetzt nimmt der staatsparteiliche Deputierte wieder aufatmend sein Reisebesteck heraus, Kommerzienrats Rasierpinsel steht wieder auf dem gewohnten Platz. Was hat sich denn ereignet? Sind die Nazis zerprengt? Wächst der Regierung ein Kornfeld auf der flachen Hand, oder, wichtiger noch, hat sie einen Abnehmer dafür gefunden? Nichts von alledem. Der Herr Reichskanzler hat nur eine wenig sagende, farblose Rede gehalten, und alles erklärt sich beruhigt. Der von Oben verordnete Weihnachtsfriede kann ausbrechen, und im übrigen gab es in Berlin allein in der ersten Nacht unter dem Gesetze zum Schutze des innern Friedens einen Toten, vier Blessierte.

Diese neue Notverordnung hat eine viel bessere Aufnahme gefunden als die vorangegangenen, weil sie dem allgemeinen Wunsch nach „etwas Durchgreifendem“ entgegenkommt. Die Vierte Notverordnung, von den Vielen, die nach der befreienden Tat rufen, enthusiastisch begrüßt, ist in größerem Zusammenhange gesehn nur ein besonderes Stück der heutigen deutschen Zerstörungsspychose. Sie ist ein grobes und dilettantisches Opus, das demolierend durch die noch intakt gebliebenen Teile der kapitalistischen Apparatur fegt, ohne ein sozialistisches oder

auch nur soziales Äquivalent zu bieten. Sie verteilt nicht das Brot sondern reglementiert den Hunger; nicht Planwirtschaft wird geschaffen sondern Zwangswirtschaft. Was nützt der Zwang, wo es nicht ein Überquellen zu bändigen heißt sondern die Schrumpfung? Hält man die fressende Energie der Auszehrung auf, indem man den Patienten in eine eiserne Corsage steckt? Nicht ordnend und befruchtend werden diese Dekrete wirken sondern keimtötend und lähmend, und ihre einzelnen Paragraphen werden bald als Grabkreuze auf dem nächsten Massenfriedhof der Wirtschaft ragen.

Zinssenkung, Mietsenkung, Preissenkung, Fluchtsteuer – das hört sich alles kraftvoll und wohlbedacht an und bleibt doch höchst problematisch. Und auch der Herr Preisdiktator ist da – Pfüt di Gott! – und erklärt sofort mit der Anmut der Bescheidenheit, daß er kein Wunderdoktor sei. Wieviele Diktatoren solcher Art hat es nicht seit Batocki sel. schon gegeben? Sie brüten Beglückungspläne aus, und wenn sie aus dem Amtszimmer kommen, sind sie nirgendwo zuständig und kehren traurig zu ihrer Sekretärin zurück. Doch da ist noch die Lohnsenkung, und jetzt verstärkt sich allerdings der Eindruck, daß dies das einzig Reale an dem ausgedehnten Kunstbau der dekretierten Wirtschaft ist. Das ist der feste Kern, der kleine aber betonierte Keller inmitten von haushohen Fortifikationen aus Pappe, die schnell zusammenfallen. Doch halt, nicht nur die Arbeiterschaft wird berührt, so einseitig, so klasseneng geht die Regierung nicht vor. Durch die Umsatzsteuer wird auch der noch mobile Teil der Produktion angezapft, auch hier wird das Leben tropfenweis versickern. Von hier droht neuer Bankrott, neue Deroute. Was für ein System regiert bei uns? Kein Liberalismus, kein Sozialismus, aber ein Fiskalismus, der ohne Plan, ohne Idee blindwütig drauflos verfügt. Der Reichskanzler verwahrt sich ausdrücklich dagegen, „Staatskapitalismus“ zu treiben. Wenn ers nur täte! Statt dessen wird eine Fiktion von freier Wirtschaft aufrechterhalten, die unter dem nächsten Druck zerplatzen muß. Was dann? Fascismus, Kommunismus? Für beides muß Masse vorhanden sein, ein

Streitobjekt, etwas, das es zu erobern gilt. Es ist zu fürchten, daß grade dies unter den Händen der regulierenden und registrierenden Bureaucratie hinschwinden wird, und dann bleibt nur noch Vegetieren, langsames Hinsterven. Vielleicht sind wir darin schon weiter, als wir selbst wissen, und die Begeisterung, mit der diese Verordnungen begrüßt werden, bezeichnet schon die Euphorie.

So fährt Deutschland weiter, gebannt an den Magnetberg der Weltkrise. Ein Haufen armer desperater Seelen auf morschen Planken gefangen; morgen ein Totenschiff.

*

Die gleiche Not, die alle schwächt, ist Hitlers Stärke. Der Nationalsozialismus bringt wenigstens die letzte Hoffnung von Verhungerten: den Kannibalismus. Man kann sich schließlich noch gegenseitig fressen. Das ist die fürchterliche Anziehungskraft dieser Heilslehre. Sie entspricht nicht nur den wachsenden barbarischen Instinkten einer Verelendungszeit, sie entspricht vor allem der Geistessturheit und politischen Ahnungslosigkeit jener versackenden Kleinbürgerklasse, die hinter Hitler marschiert. Diese Menschen haben auch in bessern Zeitläuften nie gefragt, immer nur gegafft. Für das Schauspiel ist gesorgt, ebenso für ihr Muschkotenbedürfnis, die Knochen zusammenzureißen, vor irgend einem Obermotzen zu „melden“.

Vor einer Woche schien es für Hitler keine Hindernisse mehr zu geben. „An der Schwelle der Macht“, schrieben ‚Times‘. Rosenberg fuhrwerkte in England als Diplomat herum; eine Straßenaufnahme zeigt den Botschafter des Dritten Reichs freundlich lächelnd im Gespräch mit einem londoner Bobby, der im Zweifel scheint, ob sein Hebräisch für die Unterhaltung auslangt. Auf die Tories hat Rosenberg aber ohne Zweifel mehr Eindruck gemacht. England suchte schon nach einer Formel, sich mit einem nationalsozialistischen Deutschland abzufinden. Es ist schwer zu glauben, daß das alles erledigt sein soll, nur weil Herr Brüning wieder einmal gesprochen hat, nur weil ein Bündel frischer Verordnungen herausgekommen ist.

Der neue Reichsminister Schlange-Schöninghen hat kürzlich in einem Rundfunkvortrag ein paar beachtliche Gedanken geäußert: „Wer hat heute noch das Recht, die absolute Unantastbarkeit, die Heiligkeit des Privateigentums zu predigen? Wer unternimmt es, diesen Begriff heute auch nur klar zu definieren? Wird nicht auf allen Gebieten der Wirtschaft Tag für Tag am Privateigentum gerüttelt?“ Das ist sehr richtig gesehen. Enteignet wird auf alle Fälle, es fragt sich nur: zu wessen Gunsten?

Es gibt in dieser Epoche eines beinahe mechanisch berstenden Privatbesitzes zwei Lösungen: eine sozialistische, die das Privateigentum überhaupt aufhebt, auf neuer Grundlage neu beginnt, ohne zu warten, bis die letzten Stücke, gleichfalls angekränkt, auseinanderfallen. Und es gibt eine zweite Lösung, indem das ganze Volk einem alles aufsaugenden Industriekapitalismus tribut- und arbeitspflichtig wird. Für die Lebenshaltung des Einzelnen mag das zu Zeiten durchaus dasselbe sein, aber für das Bewußtsein ist es nicht gleichgültig, wer das Opfer fordert. Man vergleiche die heroische Haltung, die Rußland in seinen Entbehrungsjahren gezeigt hat, mit dem deutschen Marasmus, mit diesem verzweifelten Lazzaronitum, das sich, grotesk genug, nach außen hin noch zu nationalistischen Gebärden aufreckt.

Diese zwei Lösungen gibt es nur. Die der Regierung Brüning ist keine. Sie nimmt die verwegenen Operationen vor, sie stützt die Wirtschaft wie eine Taxushecke, aber sie hält noch immer die Illusion hoch, als handle es sich hier um etwas Vorübergehendes, um einen unangenehmen Rückweg in „normale Zustände“, worunter die frühern vollkapitalistischen zu verstehen sind. Um die Folgen des unerhörten Drucks einer ex cathedra diktierten Wirtschaft zu überwinden, dazu ist diese Regierung zu schwach. Und der Staat ist auch nicht kräftig, nicht geschlossen genug, um die Gegenstöße eines allgemeinen Auflösungsprozesses, der sehr rebellische Formen annehmen kann, zu ertragen. Dann aber kommt die Stunde des Fascismus, dann wird die Hitlerarmee endlich etwas zu tun haben. Dann wird auch der Sieg des monopolisierten Kapitalismus vollkommen sein. Dann wird der S. A.-

Landsknecht die Manneszucht in den Betrieben schon übernehmen. Dann werden die Gewerkschaften zertrümmert werden, und der deutsche Mann wird, befreit von dem unwürdigen Pariageist der gewerkschaftlichen Koalition und ihrem judäisch-marxistischen Tarifrecht, rank und schlank, heil, vor seinen Industrieherzog treten und ihm hochgemut seine Dienste als Kaufmann, Techniker oder Lampenputzer anbieten. Unter einer alten knorrigen westfälischen Eiche wird er seinem Lehnsherrn den Eid leisten, ihm allzeit treu, hold und gewärtig zu sein, und wer dann noch Geld sehen will, der wird erschossen.

*

Kommt Hitler also doch? Vor acht Tagen war der Schreckensruf „Fascismus ante portas!“ Brüning's Rede hat ihn nicht verscheucht, er ist nur einstweilen stehen geblieben. Gewiß will Brüning vor Hitler weder ruhmlos abtreten noch als minderberechtigter Partner vor ihm kuschen. Der Reichskanzler mag sich seine eigne Methode ausgedacht haben, mit dem Fascismus fertig zu werden. Aber um eine Methode, die man nicht kennt, zu tolerieren, dazu gehört Vertrauen, und dieses Vertrauen haben wir zu Herrn Brüning nicht, wie wir das hier vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft an betont haben. Brüning will nur die Anmaßung des Fascismus, seinen Anspruch auf Alleinherrschaft brechen, nicht ihn selbst.

Neben den wirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung sind die politischen in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt worden. Und doch verdienen sie nicht mindere Beachtung. Sie geben einen wertvollen Einblick, wie sich die Regierenden die Abwehr des umstürzlerischen Nationalsozialismus vorstellen. Zunächst: die Herren wollen die Republik retten, indem sie sich Unterstützung durch republikanische Kräfte verbitten und diese unerwünschte Unterstützung unter Strafe stellen. Das undifferenzierte Versammlungsverbot, das Verbot, Uniformen und Abzeichen zu tragen, trifft ja nicht nur die Nazis sondern viel ärger die von links. Ist es der Regierung ernst damit, den Verfassungsstaat zu verteidigen, so kann sie auf die Mobilisation aller

demokratisch-republikanischen Kräfte nicht verzichten. Die res publica ist die öffentliche Sache. Der Staat, den Brüning und die Andern verteidigen, ein Homunculus, ein Retortengeschöpf. Die vorgebliche Parität wird in der Praxis zum schreiendsten Unrecht. Denn die Organisation des Staates selbst, Militär, Exekutive, Beamtentum steckt voll von unzuverlässigen Elementen. So wie die Justiz durchweg jeden Rotfrontmann bisher härter anfaßte als einen Nationalsozialisten, so wird der Mann aus dem republikanischen Verband in Zukunft schlechter dran sein als der vom Stahlhelm oder von Hitler. Aber es ist schon grotesk genug, daß Loyalität ebenso bestraft werden soll wie Auflehnung.

„Es ist schlimm um einen Staat bestellt, der seinen Bürgern verbietet, Abzeichen in seinen Farben zu tragen,“ ruft der Bundesvorstand des Reichsbanners. Richtig, richtig, richtig. Doch dann heißt es: „Über ein kurzes, dann wird auch diese Regierung einsehen müssen...“ Nein, meine Herren, diese Regierung wird gar nicht einsehen. Diese Hoffnung ist ebenso töricht wie die Parole: Staat greif zu! Wenn dieser Staat zugreift, so nimmt er, wie er es immer getan hat, die Republikaner zuerst. Wäre die Regierung wirklich gewillt, gegenüber dem Nationalsozialismus Autorität zu zeigen, so hätte sie Hitler an dem Tage, wo er wie der Chef einer Nebenregierung im Kaiserhof Parade abhielt, als Hochverräter verhaften lassen müssen, ebenso wie Rosenberg bei seiner Rückkehr aus London. Dann dürfte auch Herr Gregor Straßer nicht mehr frei herumlaufen, der soeben wieder in Stuttgart gedonnert hat: „Und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen.“ Dann dürfte dieser Oberreichsanwalt sich nicht mehr auf seinem Posten befinden, der – nach den Worten des ‚Berliner Tageblatts‘ – für die Verfasser der boxheimer Mordpläne eine Entlastungsaktion vorgenommen hat. Und dieser Herr Werner, der längste Arm des Staates, soll zupacken? Armes Reichsbanner, er wird dich zuerst haben und dich nicht so glimpflich behandeln wie Best und seine Bluthunde.

Eine Konzession an die Linke befindet sich allerdings in der Notverordnung: Herrn Groeners Lieblingskind, von seinem Carlowitz gepöppelt und gewiegt, die „Staatsverleumdung“ fehlt. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß das Kapitel „Verstärkung des Ehrenschatzes“ den einstweiligen Ersatz darstellt, um der lästigen Kritik den Mund zu stopfen. In diesen fünf Paragraphen blasen die Herren Geheimräte des Reichsjustizministeriums die Schicksalshörner der deutschen Pressefreiheit:

§ 1. Steht im Falle der üblen Nachrede (§ 186 des Strafgesetzbuchs) der Verletzte im öffentlichen Leben und ist die ehrenrührige Tatsache öffentlich behauptet oder verbreitet worden und geeignet, den Verletzten des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten, wenn der Täter sich nicht erweislich in entschuldbarem gutem Glauben an die Wahrheit der Äußerung befunden hat.

§ 2. Steht im Falle der Verleumdung (§ 187 des Strafgesetzbuchs) der Verletzte im öffentlichen Leben und ist die ehrenrührige Tatsache öffentlich behauptet oder verbreitet worden und geeignet, den Verletzten des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

§ 3. In den Fällen der §§ 1, 2 kann das Gericht neben der Strafe und unabhängig von einer nach § 188 des Strafgesetzbuchs zu verhängenden Buße auf eine an die Staatskasse zu entrichtende Buße bis zu einhunderttausend Reichsmark erkennen.

§ 4. In Strafverfahren wegen Beleidigung bestimmt das Gericht, auch wenn die Tat auf erhobene öffentliche Klage verfolgt wird, den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein.

§ 5. In allen Strafverfahren wegen Beleidigung, in denen die Staatsanwaltschaft die Verfolgung übernimmt, ist das Schnellverfahren (§ 212 der Strafprozeßordnung) auch dann zulässig,

wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht zugeführt wird.

Ist diese grobe, unnuancierte Fassung Unzulänglichkeit oder Absicht? Auch Adolf Hitler „steht im öffentlichen Leben“, auch jene seiner Granden, die zur Nacht der langen Messer die Eisen wetzen lassen und vor fanatisierten Versammlungen zur Belebung der Hanfseilindustrie praktische Vorschläge machen. Gelingt es dem „Verletzten“, einem Richter, der durchaus kein braunschweigischer zu sein braucht, klar zu machen, daß alles legal gemeint sei, natürlich nur zur Abwehr irgendeiner „Kommune“, die die streng verfassungsmäßige Naziregierung bedroht, so ist der staatsloyale, der republikanische Redakteur geklappt. Gefängnis läßt sich ertragen, aber eine hohe Geldbuße ruiniert heute jedes Presseunternehmen. Großer Manitou, was bleibt dem Publizisten übrig, als von der Politik zu lassen und etwa über die Liebe zu schreiben, falls das nicht unter das Schund- und Schmutzgesetz fällt! Nachdem hundert Jahre um die Meinungsfreiheit gekämpft worden ist, genügen ein paar Paragraphen, um sie still zu beseitigen. So treibt Deutschland in Dunkelheit dahin, Verwesungsdünste steigen auf. Die eine Hälfte der Nation bittet um Almosen, die andre muß es verweigern, weil sie selbst nichts hat. Das ist der deutsche Status Weihnachten 1931. Ein paar Menschen wird es noch geben, die in diesem mephitischen Gestank verfaulender Geister nach besserer Luft verlangen. Schlagt sie tot, das Reichsgericht fragt euch nach den Gründen nicht!

Die Weltbühne. 27. Jahrgang 1931, Nummer 50,
15. Dezember 1931, Seite 875–880.

Gang eins von Carl v. Ossietzky

Byzanz

Du mußt es dreimal sagen: der Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist kein tragbarer Kandidat für die Linke. Die Parteizentrale der Sozialdemokratie hat gesprochen. Wie viele Wähler werden am 13. März folgen? Das ist das Rätsel des ersten Wahlgangs.

Die Sozialdemokratie formuliert ihre Losung lieber: „gegen den Fascismus“ als „für Hindenburg“. Niemand weiß, wie sich die organisierten Mitglieder verhalten werden, noch weniger, wie die großen unkontrollierbaren Massen der Mitläufer, der Sympathisierenden. Was in dem unermeßlichen Inselmeer der politischen Linken heimatlos treibt, die vom bürgerlichen Republikanertum oder die von der deutschen Verkörperung des Kommunismus Enttäuschten, die meisten von ihnen pfligten wohl für einen Wahltag in der stillen Bai der alten Sozialdemokratie zu landen. Werden sie, wie die sozialdemokratischen Blätter verkünden, „mit Hindenburg gegen den Fascismus kämpfen“ –?

Dazu müßte sich der erwählte Kandidat zunächst selbst äußern. Der Herr Reichspräsident betont aber nur seine „Überparteilichkeit“, ein Begriff, der bekanntlich recht verschieden auslegbar ist. Da ist die Begleitmusik der zahlreichen Helden- und Jungfern-Kränzchen, die die Kandidatur Hindenburg affichieren, schon viel deutlicher. So hat der gute, alte Graf Westarp, der am 9. November 1918 wie ein Gebilde von Braunbier und Spucke durch die Reichstagsgänge irrte und sich damals wohl nicht träumen ließ, er würde dreizehn Jahre später den Primas der Deutschen Republik küren helfen, einen Aufruf gestartet, in dem es heißt: „In der Stunde des Entscheidungskampfes um Deutschlands Wehrhoheit und Tributfreiheit hat Generalfeldmarschall von Hindenburg sich entschlossen, noch einmal die schwere Bürde des Reichspräsidenten anzunehmen. Hindenburg verkörpert

uns deutsche Gottesfurcht und Treue im Dienst des Vaterlandes, eisernes Pflichtbewußtsein und deutsches Soldatentum.“ Unterschrieben ist der Aufruf vornehmlich von einigen Dutzend Herrschaften aus Großgrundbesitz und Schwerindustrie, wozu sich die Damen Gräfin Bassewitz (Dätzingen), Gräfin Günther v. d. Groeben Exzellenz, Freifrau Hiller v. Gaertringen, Gräfin Elisabeth v. Pfeil, Oberin v. Lindeiner-Wildau, Gräfin v. Uexkull-Gyllenband Exzellenz und viele andre noch gesellen, darunter Cimbäl (Altona), ein allzu schwacher Cimbalschlag nur neben so viel kurbrandenburgischen Fanfaren.

Nun sind das alles nur Namen, aber keine Wähler. Letztere müssen nämlich von der Sozialdemokratie geliefert werden; that's the humour of it! Unsre armen sozialistischen Freunde, die in den letzten Jahren so oft im Wachstumzylinder und Radmantel von Achtundvierzig paradieren mußten, werden sich nun – o Meinigerei der Politik! – nach einem noch weiter zurückliegenden Kostüm umzusehen haben, um vor Elisabeth v. Pfeil oder Elsa von Brabant Gnade zu finden. In der Stunde des Entscheidungskampfes um Deutschlands Wehretat und Tributfreiheit ... Ist dies das Programm der Sozialdemokratie? ... Deutsche Gottesfurcht und Treue ... Sind dies ihre Ideale?

Wenn die Sozialdemokratie sich schon entschlossen hat, für Hindenburg einzutreten, so muß sie diesem Kampf auch das Cachet geben, so muß sie ihr Fahmentuch um die Herme ihres Kandidaten schlagen, anstatt diesen im Kriegervereinsgeschwafel von Leuten verschwinden zu lassen, die sonst den sanftesten Demokraten gleich arretieren lassen möchten. Ein Wahlkampf von heute ist keine Wagneroper, und die sozialistischen Wähler sind kein Stimmvieh, das einfach abkommandiert werden kann.

Aber schließlich kann man Westarp und den andern Ritterbürtigen keinen Vorwurf machen, wenn der Reichskanzler vor dem Parlament selbst eine Sprache wählt, die nicht nach Weimar sondern nach Byzanz leitet. „Wenn ich die Hoffnung in diesen schweren Tagen nie aufgegeben habe, dann aus einer Tatsache: aus der, daß ich einem Manne dienen darf wie dem Reichspräsi-

dentem von Hindenburg. Vergessen Sie eines nicht: von der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg hängt es auch ab, ob die Welt glauben soll, daß im deutschen Volke noch Ehrfurcht und Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht.“ Ehrfurcht vor der Geschichte ist bei einem Volke eine sehr schätzenswerte Eigenschaft, aber daß es sich hier um einen kardinalen Faktor handelt, von dem die Meinung der Welt über uns abhängt, will mir nicht recht einleuchten. In die Gegenwart eines Volkes mischen sich viele Traditionen, es fragt sich nur, an welche anzuknüpfen ist. Die achtzigjährigen Herren Eduard Bernstein und Georg Ledebour, zum Beispiel, erinnern uns an die Zeit des Sozialistengesetzes oder an die großen prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Radikalen. Der Herr Reichspräsident dagegen bedeutet, wie das nicht anders sein kann, eine natürliche Verbindung mit dem Kaiserreich und dem alten preußischen Militarismus, also Anknüpfung an eine Tradition, die dem Geiste der Republik in allem konträr ist. Wenn der Reichskanzler sich glücklich erklärt, daß er Hindenburg „dienen“ dürfe, so bedeutet das einen Rückfall in jene Epoche, in der seine Amtsvorgänger sich bemühen mußten, auch vor dem Parlament die Sprache des Hofzeremoniells beizubehalten.

Die Minister sind nicht die „Diener“ des Reichspräsidenten. Die Stellung des Reichsoberhauptes ist durch die Verfassung abgegrenzt. Der Reichskanzler jedoch ist laut Verfassung derjenige, der die Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten gegenzeichnet und damit die Verantwortung übernimmt. Artikel 54 sagt nichts von „Dienst“, wohl aber: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“ Die Verehrung eines Ministerpräsidenten für das Staatsoberhaupt ist eine angenehme Zugabe, die das Zusammenarbeiten gewiß erleichtert, aber ein konstitutioneller Faktor ist das nicht. Ausschlaggebend bleibt das Vertrauen des Parlaments und die von ihm bestimmte Linie. Gelegentlich hat auch Disharmonie

zwischen höchsten Staatsstellen große historische Resultate nicht verhindern können, wie im Falle Clemenceau-Poincaré.

Es ist wieder ein sehr deutsches Unglück, daß als Reichspräsident nicht etwa jemand gesucht wird, der würdig repräsentiert und nicht zu impulsiven Zwischenspielen neigt. Gesucht wird überhaupt kein sterblicher Mensch sondern ein Retter, ein Baldur, eine Figur aus dem Mythos. Das sitzt so tief, daß selbst ein so spärliches Temperament wie Brüning, der als Redner sich ganz gewiß nicht leicht an die Schwärmerei der Sekunde verliert, seine Beziehung zum Reichsoberhaupt durch ein mittelalterliches Bild, in dem sich Heroismus mit Domestikentum seltsam mischt, zu illustrieren für notwendig findet.

Herr, wo waren Sie im Krieg –?

Herr Brüning macht den Republikanern die Kandidatur Hindenburg überhaupt nicht leicht. Er treibt sie unerbittlich durch das kaudinische Joch seiner konservativen Ideologie. Manchmal hat das fast friderizianischen Stil. „Wollt ihr Racker denn ewig leben?“ Das klingt so zwischen den Zeilen der kanzellarischen Kundgebungen. So rief Brüning in seiner Reichstagsrede den Nationalsozialisten erregt zu: „Am 9. November war ich an der Spitze einer Offizierstruppe, die sich zur Niederwerfung der Revolution gebildet hatte.“ Der Bericht der ‚Vossischen Zeitung‘ bemerkt dazu: „Bei diesen Worten klatschen die Mittelparteien stürmisch Beifall, während man auf der Linken deutlich eine Bewegung bemerken kann.“

Doch schon in der Morgenausgabe darauf betont die ‚Vossische Zeitung‘, der Satz laute nach der amtlichen Wiedergabe: „Am 9. November war ich in der Gruppe Winterfeld, die zur Niederwerfung der bolschewistischen Revolution gebildet worden war.“

Nun haben einige Millionen Deutsche durch den Rundfunk die erste Fassung gehört. Der Reichskanzler rektifiziert sich, indem er hervorhebt, er habe bei einer Truppe gestanden, die nur gegen Spartakus kämpfen wollte, nicht aber für die gestürzte

Monarchie. Das ist der Sinn seiner Korrektur des amtlichen Stenogramms. Wer die damalige Zeit miterlebt hat, weiß, daß der Unterschied nicht erheblich war. Wenigstens konnte man das den damals in den Straßen herumpfeifenden Kugeln nicht anhören, ob sie gegen den Bolschewismus oder für Wilhelm abgefeuert wurden.

Es ist begreiflich, daß die Sozialisten bei diesem autobiographischen Bekenntnis Brünings klamme Finger bekamen. Tags zuvor noch hatten sie ihre nationale Stubenreinheit stürmisch genug beteuert, als sie von dem kleinen Goebbels „Partei der Deserteure“ genannt wurden. Natürlich hatte der kleine Goebbels, der seine Unterleibsbeschwerden mit Vorliebe auf der Rednertribüne exhibitioniert – ein Zug, den Tacitus bei den alten Germanen nicht wahrgenommen hat – eine harte Abfuhr verdient. Aber wie die Gekränkten reagierten, das ist wieder bezeichnend für die Niveaulosigkeit dieses Parlaments. Im Nu hatte sich der Reichstag in einen provinziellen Verein verwandelt, dessen verzankte Mitglieder sich gegenseitig die Schicksalsfrage zuschreien: „Herr, wo waren Sie im Krieg –?“ Die Sozialdemokraten pochten auf ihre eisernen Kreuze und ihre intakten Soldbücher und führten ihre Narben vor wie Coriolan. Die Sozialdemokraten wären viel patriotischer als die Nationalisten. Hand aufs Herz, wer verlangt das von der internationalen, der völkerbefreienden Sozialdemokratie? Die Arbeiter, die Republikaner, die antimilitaristischen Bürger, die diese Partei wählen? Kaum, aber die Kandidatur Hindenburg verlangt es. Damit die Bassewitz und Itzenplitze, damit der ganze von Westarp und Treviranus auf die Zitterbeine getrommelte Adelskalender nicht doch noch zu Hitler oder Duesterberg humpelt, deshalb muß die Partei mit blankgeputzter Montur antreten.

Das ist das Erschütternde an dem gegenwärtigen Zustand: nicht der Fascismus siegt, die Andern passen sich ihm an. Brüning sucht sich Hitler anzugleichen, die Sozialdemokraten bilden sich an Brüning. Der Fascismus jedenfalls bestimmt das Thema, das Niveau. Eine hingeworfene Schnoddrigkeit des berliner Sportpa-

last-Tribunen jagt zehn Dutzend sozialistische Deputierte von den Plätzen, zwingt sie dazu, sich als gut vaterländisch zu legitimieren. Ein blamabler Zwischenfall, der nur zeigt, daß die Initiative rechts liegt.

Es mag Zeiten geben, wo auch in der Politik die Anpassung notwendig ist und Wunder bewirken kann. Aber in so entscheidenden Phasen wie heute kommt es nicht auf Angleichung und Schutzfärbung an sondern auf die Herausarbeitung des konsequenten Gegentyps der herrschenden Mächte.

Ein lehrreiches Exempel, wie diese Debatte zu behandeln war, gab merkwürdigerweise der Staatspartei-Doktor Weber, ein maßlos Gemäßigter sonst. Er verteidigte nämlich nicht die angezweifelte nationale Haltung seiner Leute, sondern hielt den Fascisten einfach ihre Mordliste vor. Und die ganze braune Fraktion stob auseinander wie eine Belialsschar, die plötzlich vor ein Pentagramm geraten ist. Der kleine Goebbels schlich beklommen hinterher wie der Kater beim Gewitter.

Thälmann

Der erste Wahlgang kann keine Entscheidung bringen. Die radikale Rechte tritt gespalten auf. Wahrscheinlich ist die Stahlhelm-Kandidatur nur ein Kind der Angst, schon jetzt eine Entscheidung fällen zu müssen. Hindenburg oder Hitler? Der Stahlhelm wird am Ende bei dem sein, der am 13. März am besten abschneidet und am meisten bietet.

Im übrigen muß noch immer mit einer Resignation Hindenburgs nach dem ersten Wahlgang gerechnet werden. Entspricht das Resultat nicht seinen Erwartungen, setzen wieder neue Intrigen von fascistischer Seite ein, stellt das Braune Haus etwa an Hitlers Stelle einen Hohenzollernprinzen auf, so wird sich der Reichspräsident kaum den Fährlichkeiten des zweiten Wahlgangs aussetzen. Hugenberg und Hitler sind völlig skrupellose Gegner, die sich mit dem Hinweis auf die Verantwortung nicht bluffen lassen. Sie werden nicht davor zurückschrecken, mit Petarden zu schießen.

Immer wieder werde ich in Zuschriften von Lesern gefragt, wer denn am 13. März zu wählen sei. Bleibt denn nichts anderes übrig, so heißt es immer wieder, als diese fatale, diese entmutigende Politik des „kleinern Übels“?

Ich bin kein Ratgeber auf dem Kandidatenmarkt, und wer einer Partei angehört, wird im Endkampf zwischen Disziplin und besserer Überzeugung durchweg der Disziplin den Vorrang geben. Gern hätte ich als parteiloser Mann der Linken für einen akzeptablen Sozialdemokraten wie Paul Loebe oder Otto Braun gestimmt. Da kein sozialdemokratischer Kandidat vorhanden ist, muß ich schon für den kommunistischen stimmen. Wahrscheinlich werden viele, die ähnlich denken, ebenso handeln.

Man muß festhalten: die Stimme für Thälmann bedeutet kein Vertrauensvotum für die Kommunistische Partei und kein Höchstmaß von Erwartungen. Linkspolitik heißt die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl.

Die Sozialdemokraten sagen: Hindenburg bedeutet Kampf gegen den Fascismus. Von wannen kommt den Herren diese Wissenschaft? Der Kandidat betont nur seine Überparteilichkeit, in Sturmzeiten eine lebensgefährliche Formel. Da Propaganda und Farbengebung der Kandidatur Hindenburg ganz und gar in den Händen von Rechtsleuten liegt, so ist es auch völlig unmöglich, über Garantien zu disputieren, die man sonst von einem Kandidaten, einerlei ob Parteimann oder nicht, verlangt. Politik ist ein Frage- und Antwortspiel. Wo man das Recht zu fragen als grobe Ungebühr ablehnt, da mag ein Reich beginnen, das schöner und edler ist als das der Politik, aber, wie gesagt, die Politik hat dort aufgehört.

Es ist ein Unsinn, die Kandidatur Thälmann als eine bloße Zählkandidatur hinzustellen. Wahrscheinlich wird Thälmann eine überraschend hohe Stimmenzahl erzielen können. Das wird übrigens heute schon von bürgerlichen Politikern in privaten Unter-

haltungen geäußert. Je besser Thälmann abschneidet, desto deutlicher wird demonstriert, welche einen Erfolg eine sozialistische Einheitskandidatur hätte haben können, was für Möglichkeiten noch immer bestehen. Auf diese Lektion kommt es an. Die Hindenburg-Koalition zwischen ausgedienten Hofdamen der Monarchie und kommenden Höflingen der diktatorischen Republik ist ein Produkt von Parteibureaus, die das Tastgefühl für die Schwankungen der Wählerschaft verloren haben. Deutschland hat in diesen Jahren zu viel gelitten, zu viel gehungert, um sich in seinen Entscheidungen von Pietät bestimmen zu lassen. Die Meisten haben nichts zu gewinnen, wohl aber eine verlorene Existenz zu rächen.

Die Weltbühne. 28. Jahrgang 1932, Nummer 9, 1. März 1932, Seite 311–315.

Gang zwei **von Carl v. Ossietzky**

Der erste Gang hat mit dem Sieg Hindenburgs geendet. Die Sozialdemokratie hat dem alten Marschall einen gewaltigen Vorsprung gesichert. Duesterberg und Hugenberg, die sich zwischen den Fronten einen kleinen Sonderprofit sichern wollten, kehren als gueules cassées aus der Wahlschlacht zurück. In Preußen hat Otto Braun soeben mit einem kräftigen Trompetenstoß den Wahlkampf eingeleitet. Die Preußenwahl, das ist der dritte Gang, der wichtigste, in dem Duell zwischen Republik und Fascismus. Aber Gang zwei am 10. April wird auch für das Ringen um Preußen entscheidend werden.

Wir haben hier vor einer Woche am Ende der Wahnacht die Frage aufgeworfen: Wer hat gesiegt? Darauf hat es inzwischen noch keine Antwort gegeben. Die Hindenburger feiern und haben keine Lust, sich von Skeptikern den Ausblick in eine wolkenlose Zukunft vermiesen zu lassen. Und am lautesten jubilieren wieder die Etappenschweine der politischen Linken, die sich seit September Dreißig still verhielten und sich in ihren freundlichen Winterquartieren schon eine neue Fahne nähen ließen, um sie beim Herannahen der fascistischen Truppen aufzuziehen. Heute tun sie so, als hätten sie alles allein gemacht. Es ist gewiß hart, diesen vielen glücklichen Menschen jetzt eine Denkaufgabe zuzumuten zu müssen, aber wir kommen nicht drum herum. Die verschiedenen Teilnehmer des Hindenburgblocks müssen jetzt endlich erklären, was sie eigentlich wollen.

In der Tat, gesiegt hat keine politische These, kein Programm. Gesiegt hat nur ein sehr berühmter alter Mann. Gesiegt hat Hindenburg, ein Stück Legende, ein heroischer Rahmen, in den ein jeder nach Belieben ein buntes Geflecht von Illusionen spannen kann. Gesiegt hat ein historischer Name, der, realpolitisch betrachtet, jedoch nur ein Zéro darstellt, vor das erst eine

konkrete Größe zu setzen ist. Wer diese Zahl setzen darf, der wird am Ende der wirkliche Sieger sein.

Was werden soll, ist am 13. März nicht entschieden worden. Nur eine Ablehnung ist, wenn auch mit erschütternder Stärke, zum Ausdruck gekommen. Abgelehnt worden ist der fascistische Cäsaropapismus, die Vereinigung von aller Macht über Geister und Leiber in der Hand eines „Führers“. Darüber herrscht Übereinstimmung, sonst findet man in Hindenburgs Mehrheit bei bestem Bemühen kein weiteres einheitliches Motiv. Die Sozialdemokraten haben für Hindenburg gestimmt, weil die Partei es so befahl. Die Mehrzahl der bürgerlichen Indifferenten, weil sie in Hitler nur einen Unruhefaktor sehen und ihnen wohl auch die Form der von den Fascisten geführten Agitation unappetitlich erschien. Die politisch Interessierten von rechts dagegen hätten viel lieber ein Bündnis Hindenburg-Hitler gewünscht als die beiden in Front gegeneinander. Es läßt sich nicht annähernd schätzen, wie viele solcher Hindenburgwähler darauf brennen, am 24. April mit ihrem Stimmzettel die „rote Wirtschaft“ in Preußen zu beseitigen.

Das Fazit: nach dem 10. April gibt es keinen Hindenburgblock mehr, und wenn die Sozialdemokraten, die neben dem Zentrum zwischen lauter zersplitterten und versinkenden Mittelparteien die kompakte Masse darstellen, ihren Anteil am Triumph fordern sollten, dann wird ihnen kalt bedeutet werden, daß sie, indem sie Hindenburg wählten, nur ihre verdammte vaterländische Pflicht und Schuldigkeit getan hätten. Dann wird weiter notverordnet werden, dann kann der Sturm auf die Sozialpolitik, auf die Arbeitslosenversicherung von neuem losgehen. Die Sozialdemokratie aber wird das Nachsehen haben, weil sie über kein einziges Druckmittel mehr verfügt, weil sie mit ihrer Entscheidung nicht nur Hindenburg sondern auch Brüning und Groener neu bestätigt hat.

Der ‚Vorwärts‘ schweigt sich über diese unangenehmen Aspekte einstweilen aus. Dafür finden aber einige jener bürgerlichen Republikaner, die sich ganz besonders für die Kandidatur

Hindenburg eingesetzt haben, die Sprache der Politik langsam wieder. Das ist gewiß löblich, aber es wäre mit größerem Nutzen vor dem 13. März geschehen. Nach neune is alles aus. Nach der Wahl kann man keine Forderungen mehr anmelden. Es gibt in der Politik nichts überflüssigeres als den Wähler, der eben seinen Zettel in die Urne geworfen hat.

Daß ein so kluger Mann wie Georg Bernhard das nicht weiß! Er bemerkt im ‚8 Uhr Abend-Blatt‘ mit Recht, daß jene agrarischen und industriellen Schichten, die von der Regierung Brüning auf Kosten des gesamten Volkes gepöppelt worden sind, sich zu Hitler und Duesterberg geschlagen haben, während die Leute von links die Republik höher stellten als das Eigeninteresse. „Will die Regierung der Republik“, so fragt Bernhard, „nun nicht endlich die Konsequenz aus diesem offenbaren Ergebnis der Präsidentenwahl ziehen?“ Da muß man mit dem Dichter sagen: „Der Rabe krächzt: Es ist zu spät!“

Lieber Herr Bernhard, Sie haben uns neulich hart gerüffelt wegen unsrer Parole für Thälmann. Und doch war das die einzige Möglichkeit, um herauszukommen aus dem fatalen Wechselspiel von intellektuellem Opfer und Enttäuschung, das sich republikanische Politik nennt. Wir haben die Situation vorausgesehen, wo die sozialistischen und republikanischen Hindenburgwähler mit leeren Händen dastehen würden. Wir haben uns rechtzeitig und freiwillig ausgekreist, denn wir hatten von vornherein keine Neigung, die Schar der Leidtragenden bei dem Begräbnis der Illusionen zu vergrößern. Herr von Hindenburg hat volle Handlungsfreiheit, und ihn kann auch kein Vorwurf treffen. Er hat nichts versprochen, denn die Sozialisten und Republikaner haben ihm kein Versprechen abverlangt. Während Goebbels „Ware für sein Geld“ verlangte, war für euch die Kandidatur Hindenburgs eine Sache des Glaubens und Gemütes.

Heute gibt es nichts zu fordern. „Allzulange ist die Politik derer betrieben worden, die, wie sich gezeigt hat, doch Hitler wählen. Jetzt verlangen die Hindenburg-Wähler ihr Recht,“ so schreibt Bernhard, und gewiß stimmen dem viele Hunderttau-

sende zu. Einen Dreck wird man euch geben. Gearbeitet habt ihr pour le roi de Prusse, pour le président du Reich. Es kommt auf eins heraus.

Zu spät!

Was die republikanischen Hindenburgwähler nach dem 11. April zu erwarten haben, davon gibt eine kleine Kostprobe schon das Verhalten des Herrn Ministers Groener zu dem preußischen Vorgehen gegen die nationalsozialistische Verschwörung. Was Herr Groener unternimmt, wird praktisch zu einem Hilfsdienst für die Bedrängten, mag er gewiß auch nach einer für uns nicht durchschaubaren Theorie seine Handlungsweise höchst korrekt finden.

Als Severing in einem längern Bulletin darlegte, daß für die Nacht vom 13. auf den 14. März der Bürgerkriegsapparat der N.S.D.A.P. schlagbereit war, ließ Hitler sogleich entgegen, dies alles sei durchaus legal gewesen, denn Stabschef Röhm habe davon ja im Reichsinnenministerium Meldung erstattet. Das war, im Gegensatz zu den meisten andern Verlautbarungen des Osaf, ganz phrasenlos, ganz scharf und dezidiert. Darauf konnte es nur heißen: alles gelogen oder alles wahr! Die Erklärung Groeners ist eine Bestätigung.

Es treffe zu, so wird darin ausgeführt, daß Röhm einige Tage vor der Wahl dem Minister habe melden lassen, er beabsichtige, für den Wahltag die S.A. in ihren Unterkunftsräumen zusammenzuhalten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen. Gegen diese Maßnahme habe beim Reichsministerium des Innern kein Bedenken bestanden, vor allem deshalb, weil dadurch die Verantwortung der obersten S.A.-Leitung für alle Vorkommnisse klar festgestellt worden sei. Der ruhige Verlauf des Wahltages habe dieser Auffassung Recht gegeben. Was die in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der S.A. und Putschabsichten betreffe, so handle es sich dabei zum Teil

um alte bekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handle, würden sie unverzüglich scharf nachgeprüft.

Groener fühlt sich glänzend gerechtfertigt: es ist ja nicht zum Losschlagen gekommen! Das ist aber nicht das Verdienst des Herrn Ministers sondern das der Wähler. Etwa drei Tage vor der Wahl wurde bereits davon gesprochen, Hitler ziehe seine S.A. zusammen, um im Falle des Sieges sofort mit dem Mittel des Staatsstreichs aufs Ganze zu gehen; aber auch bei einem Unterliegen mit außerordentlich hoher Stimmenziffer werde er das Glück durch einen Putsch korrigieren, die kleine Differenz mit dem Boxheimer Messer aus der Welt schaffen. Es ist anders gekommen, Hitler ist beim Wettlauf stark zurückgeblieben, und wenn auch die 30 Prozent, die er gewinnen konnte, schrecklich genug sind, so genügen sie doch nicht, um den Bürgerkrieg aussichtsreich zu eröffnen. Jedenfalls ist es am 13. März offenkundig geworden, daß auch Hitlers Macht Grenzen findet. Er hat etwas, wofür die gesamte kämpferische Potenz seiner Organisation mobilisiert war, nicht erreicht. In diesem Augenblick mußte etwas geschehen, um nach abgeschlagenem Sturm zum Gegenangriff überzugehen. In diesem Augenblick aber geschieht das Abenteuerliche: der Minister der Armee und Polizei, der Chef der gesamten Exekutive des Reichs erklärt die Veröffentlichungen der preußischen Regierung für olle Kamellen und bestätigt, daß die Massierung der S.A. an bestimmten Punkten mit seinem Wissen vorgenommen worden sei.

Es ist nicht einfach, diese Gedankengänge des Ministers zum Schutze unsrer Sicherheit mit den Mitteln der Logik abzuleuchten. Groener behauptet, es hätten keine Bedenken bestanden, „weil dadurch die Verantwortung der obersten S.A.-Leitung für alle Vorkommnisse klar festgestellt worden sei.“ Der Herr Minister vergißt, daß die „Vorkommnisse“, die er mit Recht befürchtete, erheblich erleichtert wurden, indem man den Bürgerkriegsgarden die Sammlung gestattete. Und was wäre wohl passiert, wenn, was durchaus möglich sein konnte, in einzelne der S.A.-Kasernen eine falsche Parole gelangt wäre? Dann hätte es Blut-

vergießen gegeben, und ob der Brand hätte lokalisiert werden können, ob nicht der ausgezeichnete Presseapparat der Rechten sofort einen „roten Aufstand“ daraus gemacht hätte, das bleibt eine offene Frage.

Zwei Rechtsputsche hat die Deutsche Republik bisher erlebt. Im März 1920 marschierte Ehrhardt von Döberitz auf Berlin, Ende September 1923 wollte die Schwarze Reichswehr von Küstrin aus vorstoßen. In beiden Fällen begann die Meuterei unter den Augen von Ministern, die sahen und nicht glauben wollten. Noske hat bis zuletzt auf Lüttwitz und Ehrhardt geschworen, und Geßler mußte seinem vaterländischen Herzen viel Gewalt antun, ehe er endlich in dem berühmten Erlaß vom 1. Oktober seine Schöpfung, die heimliche Armee, in einen „national-bolschewistischen Haufen“ verwandelte. Groener hat von dem Mißgeschick seiner Vorgänger nichts gelernt. Nicht sein Verdienst ist es, wenn alles gut gegangen ist.

Es gibt noch immer genug Sozialisten und Demokraten, die in Groener den starken Mann der Republik sehen, wenn sie auch in Einzelheiten mit Kritik nicht zurückhalten. Wir teilen diese Meinung nicht, wir haben oft genug klar herausgesagt, daß wir ihn für einen Gegner halten und daß er deshalb als solcher zu behandeln ist. Ein wie schwerer Gegner Herr Groener ist, das haben grade wir erfahren, und wir tragen allzu deutlich die Spuren einer frühern Auseinandersetzung mit ihm. Aber hier sind klare Verhältnisse, wir stehen Front gegen Front; wir wissen, woran wir sind. Für seine Verbündeten ist Herr Groener viel gefährlicher, denn sie wissen es nicht. Und seinen Verbündeten hat er, seit er im Innenministerium regiert, einen Rippenstoß nach dem andern versetzt.

Von Wohlunterrichteten wird immer wieder versichert, im Reichswehrministerium wirtschaftete ein militärisches Banausentum, das, unberührt von den Prinzipien bürgerlicher Politik, in der Privatarmee Hitlers nicht etwa die Bedrohung des republikanischen Staates sieht, sondern eine gut gedrillte Truppe, die für den Fall des Falles schon verwendbar ist. Vielleicht gestatten uns

Die in Genf doch einmal eine Aufrüstung, und dann haben wir da gleich diese prächtigen braunen Kerle. Das mag uns schlichte Zivilisten aberwitzig anmuten, dennoch kann man von Offizieren immer wieder solche Meinungen hören. Soll die Deutsche Republik einer unkontrollierbaren Monomanie geopfert werden? Sollen die Militärs sich mit den Feinden der Republik aus falsch verstandenem Ressortinteresse zu rangieren versuchen, während Republikaner entschlossen sind, bis zum letzten zu kämpfen?

Natürlich wird auch in der Bendler-Straße nicht der hundertprozentige Fascismus gewünscht, das müßte ja das Ende für eine Reihe glanzvoll begonnener Karrieren bedeuten. Aber sein militärisches Exterieur sticht in die kundigen Generalsaugen, man möchte ihn einordnen, ihn verwenden – den Preis des Paktes mag die Republik bezahlen. Es ist kein Zufall, daß es grade Herren aus dem Wehrministerium waren, die Anstrengungen machten, Hitler mit Brüning zu versöhnen. Und es ist ebenso wenig ein Zufall, daß sich jetzt der Reichswehrminister persönlich bemüht, Hitlers Schlappe nicht in eine Katastrophe ausarten zu lassen. Herr Groener, der ein so ungewöhnlich entwickeltes Gefühl für die äußere Sicherheit des Staates besitzt und der jeden harmlosen Zeitungsartikel mit dem Schleppsäbel verfolgt, fehlt der Sinn für die innere Sicherheit des Staates. Mag man ihm subjektiv den besten Glauben zubilligen, objektiv trägt sein Verhalten die ewigen Merkmale des Verrats.

„Großmutter“ ist nicht gestorben, wie Hitler dachte. Aber solange Groener den Arzt spielt, wird das Befinden der alten Dame weiter zu wünschen übrig lassen.

Die Weltbühne. 28. Jahrgang 1932, Nummer 12, 22. März 1932, Seite 427–431.

Wintermärchen von Carl v. Ossietzky

Die Ritter

Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch, schien die Erfüllung des Programms von Boxheim nur eine Frage der Zeit zu sein. An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt aber rapid.

Als ich mich vor mehr als sieben Monaten verabschiedete, regierte Brüning noch und jener inzwischen sagenhaft gewordene Groener, der jetzt wieder seine überzählige Figur aus der Versenkung schiebt, in der ihn sein Freund Schleicher so elegant hatte verschwinden lassen. Es kam der Herrenklub und die autoritäre Regierung. Ein ganzer Artushof von heftig irrenden Rittern schwärmte aus und in gut bezahlte Positionen hinein, und Lancelot vom See wurde Reichskanzler, während Merlin, der Zauberer, als Professor Wagemann verkleidet, seine Kunst an der Wirtschaftskrise versuchte. Hokuspokus, hokuspokus, dreimal schwarzer Kater. In allen Ressorts saßen plötzlich schlanke Kavaliers, wie aus praeraffaelitischen Tapeten gestiegen, und verhängten das Mittelalter über uns. Es fehlte neben andern Edikten, um uns auch ganz konsequent in die schönere Vergangenheit zurückzuführen, nur noch die Wiedereinführung des jus primae noctis, obgleich nach den devastierenden Wirkungen des Kulturbolschewismus eine nennenswerte Ausbeute nicht mehr zu garantieren gewesen wäre.

Das Regime Papen begann mit vehementem Auftrieb. Es entfaltete vor den Augen der verblüfften Nation eine entschlossen reaktionäre Aktivität, die von keiner bescheidenen Ahnung der Wirklichkeit gelenkt wurde. So kollidierte der grundsätzlich neu

geführte Staat, dem nur noch die nominelle monarchische Spitze fehlte, mit dem nun einmal vorhandenen gesellschaftlichen Fundus; die flotten Herrenreiter fielen dabei kopfüber in den Graben. Sie zogen sich still in ihren Frühstücksclub zurück und suchen nun die blaue Blume in der Weinkarte. Das Ganze wirkte wie eine postmortale Manifestation, als sollte den jungen Leuten von heute gezeigt werden, wie der Staat von 1910 ausgesehen und was für brüllende Unfähigkeit damals ganz oben Posto gefaßt hatte.

Und nun ist Kurt von Schleicher endlich Reichskanzler. Ein Ehrgeiziger ist am Ziel. Wenn er zum Besten des Vaterlands ähnliche feste Ellenbogen zeigt wie in seiner eignen Karriere, so gehen wir goldenen Zeiten entgegen.

Die Landsknechte

Papen wollte gemeinsam mit Hitler das *sacrum imperium* machen. Hitler lehnte ab, und die Berater des Reichspräsidenten waren nicht geneigt, mit Ritter Lancelot allein zu reiten.

Schleicher findet bei seinem Beginn die Naziartei in ärgsten Verlegenheiten, ihr Expansionstrieb hat sich durch Furcht vor der legalen Verantwortung ebenso wie vor der revolutionären Aktion selbst ad absurdum geführt. Die von dem ewigen Hitlerschreck befreite Linke begrüßt den neuen Kanzler mit einem erleichterten Aufatmen und schreibt seinem staatsmännischen Ingenium freudig zu, was teils das Werk anonymer sozialer Kräfte ist, teils das natürliche Ergebnis einer dilettantischen Führerschicht, der man besser aufs Maul sieht als auf die Fäuste. Es ist jedoch notwendig, in der nächsten Zeit auch auf die Taschen zu achten. Wer sie wieder füllen kann, der wird auch die Partei haben.

Die Krise der Nazis ist vor allem eine finanzielle. Die theoretisch interessierte Schicht in der Partei war immer herzlich dünn. Die Intellektuellen sind schon mit Otto Straßer und Buchrucker geschieden oder sammeln sich im ‚Tat‘-Kreis und in unzähligen Konventikeln. Das Gros der Parteimitglieder besteht aus den

Dümmsten der Dummen, die Cadres der Braunjacken werden durch Barzahlung zusammengehalten und nicht durch eine Gesinnung. Die Zentrale hat aus dem Vollen gewirtschaftet, sie hat von der Aussicht gelebt, in absehbarer Zeit den Staat mit ihren Heuschreckenschwärmen zu überziehen, und sie hat sich darin getäuscht. Ihre alten Brotgeber von der Industrie sind entweder pleite oder durch einige sozialradikale Zwischenspiele enttäuscht. Mitten in einer bettelarm werdenden Zeit war Propaganda der Partei und Lebensstil der Führerschaft auf eine Opulenz gestellt, die zwar die sozialistischen Arbeiter nicht blendete, wohl aber jenes verrottende Kleinbürgertum, das jeden Propheten zu steinigen bereit ist, der sich nicht einen Mercedeswagen und ein Quartier im „Kaiserhof“ leisten kann. Dieser Parvenustil ist bedroht; SA-Leute ohne Sold in ungeheizten Mannschaftsstuben wittern hinter der Hitlermessiade den Klanteschwindel und greinen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Adolphus und die Seinen mit zunehmender Misere spiritueller werden, aber die Hungerigen und Beutelustigen, die auf sie geschworen haben, werden mit geistigen Reizen kaum zu betören sein.

Der Konflikt zwischen Hitler und Gregor Straßer hat die innern Schwierigkeiten der Partei evident gemacht. Wir wollen nicht Prognosen über den möglichen Verlauf des Streites wagen; bei dem unerforschlichen Ehrenkodex dieser Wahrhaft Teutschen ist sogar eine Versöhnung nach reichlichem Dreckbombardement nicht ausgeschlossen. Der baumstarke Gregor ist ohne Zweifel kein halbseidner Jammerlappen wie der große Adolf, aber was er will, was er als Persönlichkeit, losgelöst von seiner Garde, bedeutet, das hat noch niemand ergründet. Seit Jahr und Tag raunen geschäftige Freunde, Gregor sei der „Eigentliche“ und kein bloßer Aufschneider und Versammlungs-Schlagododro wie die Andern, sondern trage ein Programm der Verbrüderung aller Werktätigen fix und fertig in der Tasche. Vor nicht vielen Wochen noch überraschte uns ein Gregorianer mit der Neuigkeit einer „Gewerkschaftsfront“ unter dem Kommando dieses ewig kommenden Mannes. Wir haben Gregor Straßer mit jenem Inte-

resse verfolgt, das eine Vitalität erweckt, und haben nichts gefunden, was zu Furcht oder Hoffnung berechtigte. Es stellte sich immer nur ein breit moralisierender Rhetor und Interpret sozialkonservativer Ideen vor, die heute unter allen literarischen Kaffeehaustischen achtlos fortgefegt werden, andererseits aber auch ein durchaus unbestimmter Politiker, der sich ebensogern nationalrevolutionär gab wie er Verbindungsmann zu Herrn von Schleicher und dem Zentrum spielte. Grade weil dieser Gregor über sympathische Züge verfügt, ist man geneigt, ihn mit einer Sachlichkeit zu prüfen, die an eine hysterische Käsemilbe wie Goebbels verschwendet wäre, aber diese Prüfung fördert nichts zu Tage als einen Sack voll Nebel.

Daß eine Partei, die vor ein paar Monaten noch alles forderte und nach ihrem Umfang auch fordern durfte, sich heute schon in Krämpfen windet und offen die künftigen klassenmäßig bedingten Teilungsschnitte zeigt, ist natürlich ein einzigartiges Schauspiel. Dennoch scheint es uns angebracht zu sein, vor überspannten Erwartungen zu warnen. Die wirtschaftliche Grundlage ist noch immer dazu angetan, Desperados zu züchten. Nur eine neue allgemeine Konjunktur wäre imstande, den Nationalfascismus gründlich zu entblättern, und auch die voraussetzungslosesten Optimisten wagen das nicht in nahe Aussicht zu stellen.

Man darf auch nicht vergessen, daß eine moderne Partei ein früher unbekanntes konzentriertes Machtgebilde darstellt. Wir haben nacheinander in verschiedenen Parteien Meuterei und Sezession erlebt – und was ist daraus geworden? Wer auf der Kasse sitzt, und mag sie noch so leer sein, das Schaltwerk der Organisation vor sich, der beherrscht auch die Situation, der kann die Aufsässigen zunächst hinauswerfen. Der liberale, tolerante Parteityp alter Muster ist im Absterben begriffen, nicht mehr das Programm sondern das Statut ist der Koran einer modernen Partei. Solange noch ein Disziplinarurteil vollstreckt werden kann, ist die Omnipotenz der Zentralen nicht bedroht. Das sieht bei Wels, bei Thälmann, bei Hugenberg nicht viel anders aus. Die Parteien August Bebel's oder Eugen Richters waren geis-

tige Arenen. Die heutige Parteiform wird von Mussolini und Stalin bestimmt. In Rekrutendepots diskutiert man nicht.

Trotzdem steckt in der Krise des Nationalsozialismus ein realer politischer Kern, der allerdings nicht leicht sichtbar wird. Ein Rückbildungsprozeß findet statt, die Partei sucht ihre ursprüngliche Basis wiederzufinden. Sie hat in ihrem meteorhaften Lauf überall hospitiert und schmarotzt. Sie hat die KPD kopiert und sich nicht gescheut, in einem Streik an ihre Seite zu treten, und Herr Göring hat die Rechte des demokratischen Parlamentarismus so tönend vertreten, als hieße er Erich Koch-Weser. Die Zeit der Sozialrevolutionären und republikanischen Eskapaden scheint definitiv vorüber zu sein, wenn nicht alles trügt, ist ins Braune Haus nach so viel Ausschweifungen doch eine Art Magdalenenstimmung eingezogen. Die Partei, die noch in jüngster Vergangenheit manche Lager geteilt hat, will wieder die Rechtspartei werden, die sie gewesen ist, und nach einigen Zickzackmanövern wieder ihre alte Farbe tragen. Aus braun muß wieder gelb werden.

Die Hitlerpartei betont gern ihre Andersartigkeit, und sie darf in der Tat nicht mit hergebrachten Normen gemessen werden. Würde sie heute jäh in Atome zerspringen, so bliebe doch das Faktum bestehen, daß sie noch vor kurzem fünfzehn Millionen Wähler gefunden hat. Sie muß also nicht nur einem politischen Bedürfnis sondern auch einer speziellen deutschen Gemütsanlage entsprechen. Ihre Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit haben nicht abschreckend sondern anziehend gewirkt und bedingungslose Gefolgschaft gefunden. Das bleibt eine nicht leicht zu beseitigende Tatsache.

Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr die akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der öko-

nomische Zusammenbruch hat die innere Roheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloßgelegt. Nur einmal haben nationalistischer Blutrausch und politische Hilflosigkeit so bedenkenlos Hochzeit gefeiert, und das war zu Kriegsbeginn. Insofern ist die Nationalsozialistische Partei der in Permanenz erklärte 4. August. Sie trägt am deutlichsten die Illusionen dieses traurigsten Datums der deutschen Geschichte in eine veränderte Zeit.

Der große völkische Führer mit dem Äußern und den Allüren eines Zigeunerprimas mag seine Saison haben und mit dieser abblühen. Was er an bösen und häßlichen Instinkten hervorgerufen hat, wird nicht so leicht verwehen und für lange Jahre noch das gesamte öffentliche Leben in Deutschland verpesten. Neue politische und soziale Systeme werden kommen, aber die Folgen Hitlers werden aufstehen, und spätere Generationen noch werden zu jenem Gürtelkampf antreten müssen, zu dem die deutsche Republik zu feige war.

Der Mann dazwischen

Schopenhauer hat einmal darüber gespottet, daß die Universitätsphilosophie die Weisheit des Sokrates zum Axiom erhoben habe, denn sie sei ja durch kein eignes Werk des Mannes verbürgt. Man möchte eine ähnliche Frage erheben angesichts der begeisterten Artikel über die staatsmännische Begabung des Herrn von Schleicher.

Die großstädtische Presse kennt keinen Dank. Wo sind Brüning und Groener geblieben, ihre alten Lieblinge? War nicht Brüning ein von mystischen Gaben Gespeister, der auch bezüglich kommender Notverordnungen in seiner Kammer mit Gottes Engel rang? War nicht Groener der selbstverständliche Nachfolger Hindenburgs? Où sont les neiges d'antan?

Herr von Schleicher ist eine Hintergrundpersönlichkeit, die sich meisterhaft an die Rampe gespielt hat. Seine militärische

Leistung besteht in der Erlegung seiner Vordermänner nach den klassischen Regeln der Vernichtungsstrategie. Seine politische Leistung in der Schaffung einer absoluten Vormachtstellung des Militärs, in der Totmanövrierung des bürgerlichen Staates. Die Hauptetappen seiner glanzvollen Laufbahn sind zugleich die Leidensstationen der Republik von Weimar.

Vielleicht ist es allzu rigoros, an den Vorschußlorbeeren für einen neuen Mann kritisch zu zerren. Die höflicheren englischen und französischen Blätter geben in solchem Falle Chancen, lassen wenigstens zunächst die Fallstricke beiseite. Eines erklärt allerdings die Herrn von Schleicher gespendete Wärme: er ist der Nachfolger des Herrn von Papen. Danach ist es nicht schwer, als Genie zu gelten. Und wäre selbst, anstatt Schleichers, Michaelis selig aus seinem friedlichen Altersheim auf den Kanzlerstuhl geschritten, so hätten doch alle hochbeglückt „Ave Caesar!“ gerufen.

In der demokratischen Presse fliegen noch immer frisch gepuderte Weihnachtsengel auf und verkünden eine neue liberale Aera. Die kleine Atempause um die Feiertage wird überschätzt. Die Parteien sind des Wählens müde und beziehen neue Position. Abgewirtschaftet hat nicht nur der Kurs Papen sondern auch, was gern verkannt wird, der Kurs Brüning. Auch dieser Rückweg ist versperrt. Was soll also werden? Ein parlamentarisches Regime ist kaum denkbar, und möglich nur, nach mancherlei andern Versuchen, die neue, schroffere Diktatur. So sitzt man an den Kaminen, schaut träumend in die rote Glut und erzählt sich Märchen von Besserung, Freiheit und Versöhnung – Märchen, die nicht so lange wie dieser Winter währen werden.

General von Schleicher wird in einer merkwürdigen Phase Reichskanzler. Deutschland hat sich in diesem Sommer zur Konterrevolution ebenso unfähig gezeigt wie 1918 zur Revolution, und jetzt herrscht auf der Linken eine gewisse Verblüffung darüber, daß auch die von Rechts weder gescheiter noch energischer sind. Dieser Verwirrung verdankt Schleicher ein gutes Stück seiner jungen Autorität. Seine Barden behaupten zwar, sein Kopf

strotze gradezu von politischen Ideen, was aber nur schwer bewiesen werden kann und von ihm in seiner Rundfunkrede jedenfalls sorgfältig getarnt wurde. Dagegen kann nicht bestritten werden, daß er über eine glänzende Personenkenntnis verfügt und leidenschaftlich gern jene diplomatische Kunst ausübt, die man früher „Finassieren“ nannte. Man darf sicher sein, daß Auseinandersetzungen mit seinem alten Frühstücksgast Hitler und dem verbitterten Brüning in den erprobtesten Formen einer nicht mehr ganz zeitgemäßen Kabinettpolitik vor sich gehen werden. Liebhaber von Kabalen aller Art dürften auf ihre Kosten kommen – aber werden davon die Arbeitslosen satt?

So muß also angenommen werden, daß der weniger amüsante Teil der Politik auch weiterhin bei Herrn Bracht liegen wird, der schon bewiesen hat, daß er die Seele eines Gendarmen aufs glücklichste mit der Faust eines alten Möbelpackers vereint und der hinter seinem jovialen Herrn hergeht wie der Lictor mit dem Beil. Nachdem die netten Weihnachtswünsche verhallt sind, wird die Politik des vergangenen Kabinetts treulich fortgesetzt, die Bevorzugung der Agrarier ebenso wie der Abbau von sozialdemokratischen Beamten. Herr von Schleicher war der starke Arm der Papenregierung, er mag dabei gelernt haben, daß auch der Kopf nicht auszuschalten ist, aber er ist jedenfalls nicht an die Spitze geholt worden, weil man ihn für eine profunde politische Begabung hält, sondern weil er die Wehrmacht repräsentiert, die einzige stabile Kraft in der Auflösung aller andern Gewalten.

Damit ist eine jahrelange Maskerade beendet, die wirkliche Macht tritt unverhüllt hervor. Und sie wird diktatorisch herrschen, bis ihr eine neugebildete Macht entgegentritt. Es wäre vermessen, über Schleichers Person prophezeien zu wollen, wahrscheinlich wird er sich, bei dem Fehlen nennenswerter bürgerlicher Gegengewichte, lange halten, wenn auch die Berater, Helfer und Hilfsarbeiter oft wechseln werden. Eines aber ist sicher: er eröffnet die Reihe der Prätorianer-Kanzler.

Die Weltbühne. 29. Jahrgang 1933, Nummer 1, 3. Januar 1933, Seite 1-6.

Der Verlag der Weltbühne befand sich in Berlin.